

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1908**

144 (24.6.1908)

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Am Tage täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.  
Abonnementpreis: Ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pfg., vierteljährlich M. 2.25. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

**Redaktion und Expedition:**  
Luisenstraße 24.  
Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144.  
Sprechstunde der Redaktion: 12—1/2 Uhr.  
Redaktionschluss: 1/10 Uhr vormittags.

**Inserate:** Die einspaltige, kleine Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/7 Uhr.

Druck und Verlag  
Verlagsgesellschaft & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, für Redaktion, Legte Post, Feuilleson und Unter-Verlage: A. Weißmann; für den übrigen Inhalt: Herr. Kadel.

Für den Inseratenteil verantwortlich:  
Karl Ziegler in Karlsruhe.

### Beamtenvorlage und Sozialdemokratie.

I.

In der gestrigen Kammerführung führte der Abgeordnete Kollb (Soz.) folgendes aus:

Wenn ich mich in denselben Bahnen wie meine Vorredner bewegen möchte, so könnte ich meine Rede mit wenigen Sätzen beschließen; denn viel Neues kann in der Richtung nach den ausgeführten Darlegungen wohl nicht mehr vorgetragen werden. Allein ich habe von meiner Fraktion den Auftrag erhalten, mehr

die allgemeinen und prinzipiellen Gesichtspunkte hervorzuheben, von welchen aus wir an die Verteilung der Vorlagen heranzutreten sind, die uns hier heute beschäftigen. Sie wissen, daß meiner Partei sowohl in Versammlungen, als in der Presse, als nicht selten auch in den Parlamenten wiederholt der Vorwurf gemacht wird, daß sie sich weigere, positiv mitzuarbeiten, daß sie bei ihrer parlamentarischen Arbeit in der Hauptsache die agitatorischen Gesichtspunkte in Betracht ziehe. Daß dieser Vorwurf nicht richtig ist und daß er namentlich unsere Fraktion hier im badischen Landtage nicht treffen kann, werden Sie wohl nach unserem bisherigen Verhalten zu den verschiedensten Gesetzgebungsvorlagen zugeben müssen.

Was insbesondere aber die uns hier beschäftigenden Vorlagen betrifft, so hat bereits der Herr Kollege Dr. W. I. d. n. s. gestern gesagt, daß alle Parteien, soweit sie in der Kommission vertreten waren, sich befleißigt haben, Positives zu arbeiten, und daß insbesondere auch die Vertreter der äußersten Linken in der Richtung

ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan haben.

Wenn wir von agitatorischen Gesichtspunkten aus an die Verteilung dieser Vorlagen heranzutreten wollen, dann hätten wir wohl nie eine bessere Gelegenheit finden können, in Agitation zu machen. Denn bei der Stimmung, die auch jetzt noch in weiten Kreisen der Beamenschaft vorherrschend ist und bei den vielen unbefriedigt gebliebenen Wünschen, die hier in Betracht kommen, wäre es ein Leichtes gewesen, in Agitation zu machen. Wir haben uns aber von vornherein auf den Standpunkt gestellt, daß wir uns sagten: Es handelt sich hier um ein außerordentlich kompliziertes Gesetzgebungsproblem, bei dem die verschiedensten gegensätzlichen Interessen, ein großes Maß von Wünschen in Betracht kommen, und da kann etwas Positives nur auf dem Standpunkt der gegenseitigen Verständigung erreicht werden, und den haben wir auch in der Kommission von vornherein eingenommen und deshalb in der Stellung von Anträgen das äußerste Maß eingehalten. Und soweit wir Anträge gestellt haben, haben wir nur solche gestellt, deren Verwirklichung in keiner Richtung hin irgendwelche schweren Bedenken entgegenstehen haben.

Meine Herren, der Zweck, der uns hier beschäftigenden Vorlage ist zunächst der, die Einkommens- und Befoldungsverhältnisse unserer Staatsbeamten dem veränderten Geldwert und den Teuerungsverhältnissen anzupassen und sodann das Beamtenrecht in einigen Beziehungen zu ändern und ebenfalls den veränderten Verhältnissen anzupassen. Es ist allerdings bei der sehr starken sozialen Zerküftung unserer heutigen Gesellschaft sehr schwer, in solchen Momenten das richtige Maß einzubringen. Der Kampf der verschiedenen sozialen Bevölkerungsschichten hat sich immer mehr zuspitzt und ist heute ein außerordentlich starker. Wenn es vorkommt, daß irgend eine Bevölkerungsschicht ein starkes Übergewicht im Parlament hat und infolgedessen in der Lage ist, in rigoroser Weise ihre Interessen zu verteidigen, so kann es vorkommen, daß dadurch die Interessen des übrigen Teils der Bevölkerung in der schwersten Weise benachteiligt werden. Es muß auf der anderen Seite auch zugegeben werden, daß ein gerechter sozialer Ausgleich, wie er vielfach gewünscht wird, auf der Grundlage unserer heutigen Staats- und Wirtschaftsordnungsverhältnisse schlechterdings unmöglich ist,

weil die sozialen Gegensätze, die aus der Entwicklung herausgewachsen sind, unmöglich überbrückt und beseitigt werden können, wenn wir nicht die Grundlage unserer Gesellschaftsordnung ändern. Wir müssen uns also dabei bescheiden, immer nur das heute Mögliche zu erreichen zu suchen, und da kann man nur auf dem Wege des Kompromisses zur gegenseitigen Verständigung gelangen. Man darf aber auch nicht vergessen, daß alle diese Fragen nicht nur wirtschaftliche und materielle, sondern auch politische Bedeutung haben. Jeder Mensch beurteilt eine auftauchende Frage von einem politischen Gesichtspunkt aus, weil er sich eben eine politische Anschauung gebildet hat, von der aus er alle Einzelfragen beurteilt. Es ist auch durchaus kein Fehler, wenn man auch vom politischen Gesichtspunkt aus an die Beurteilung einer Frage herantritt. Im Gegenteil, ich betrachte es als einen großen Vorteil. Denn wenn nur die materiellen, die einseitig wirtschaftlichen Interessen den Ausschlag bei der Abstimmung geben würden, so würde das zu sehr

bedenklichen Folgen führen, wie wir das leider bei manchen Bestimmungen über Gesetzgebungsvorlagen erleben müssen. Meine Herren, wohn die rücksichtslose Vertretung einseitiger wirtschaftlicher Interessen führt, das haben wir gerade in den letzten Jahren in den Reichstagsverhandlungen und beim Zolltarif erlebt.

Auch die jetzige Gesetzesvorlage über den Gehaltsstarif hängt mit jener Gesetzgebung zusammen.

Denn ohne die damals eingeführte Verteuerung der Lebensmittel und der damit wieder zusammenhängenden Verteuerung aller übrigen Bedarfsartikel hätten die Beamten unmöglich ihr Begehren nach Gehaltserhöhung so begründen können, wie es in sämtlichen Petitionen der Hauptsache nach geschehen ist. Sie mögen eine Petition in die Hand nehmen, von welcher Kategorie der Beamten sie auch ausgehen mag, überall finden Sie den Satz, daß die Verteuerung des Lebensmittel und ganzen Lebenshaltung in der Hauptsache den Grund zu dieser großen Bewegung unter unseren Beamten abgegeben hat, und das Dichtwort: „Das ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortwährend Böses muß gebären“, trifft wohl nirgends besser zu, als auf die Zolltarifgesetzgebung, wo in rücksichtsloser Weise die Interessen einer einzelnen Bevölkerungsschicht verfochten und gesetzlich geregelt worden sind. Sie, meine Herren (zum Zentrum gewendet) werden das nicht zugeben, das wissen wir. Allein die Tatsachen beweisen.

— die Herren da hüben (zu den Nationalliberalen gewendet) haben denselben Fehler gemacht, das bestreite ich nicht — die Tatsachen beweisen, daß wir Recht gehabt haben, als wir davor warnten, den Bogen in dieser Richtung nicht zu straff zu spannen. Denn wir leben heute in der Tat in einer Zeit schwerer Teuerung, wo es einem großen Teil unserer Bevölkerung sehr schwer wird, ein anständiges, menschenwürdiges Leben zu führen, jedenfalls von Tag zu Tag schwerer wird. Einen solchen Zustand herbeizuführen, war jedenfalls kein glückliches Beginnen. Es wird in der Tabelle, die die Entwicklung der Lebensmittelpreise darstellt, hervorgehoben, daß vom Jahre 1894 bis zum Jahre 1907 die Verteuerung der Lebensmittel durchschnittlich 14 Prozent betragen hat. Dazu kommen natürlich noch sämtliche übrigen Bedarfsartikel. Denn die Lebensmittelteuerung hat nicht nur die Folge gehabt, daß die Beamten sich darauf berufen haben, wenn sie mehr Gehalt forderten, sondern jeder Geschäftsmann hat sich gleichfalls auf die Lebensmittelteuerung berufen, weil er seine Arbeiter besser bezahlen mußte usw. Und so ging das immer weiter und weiter, bis schließlich jeder sich darauf berufen hat, um den Preis seiner Produkte zu steigern, und so ist die ganze Lebenshaltung, man betrachte, was man will, eine sehr viel teurere als früher geworden. Wenn wir jetzt daran gehen, eine 18- bis 19prozentige Aufbesserung der Gehalte der Beamten herbeizuführen, so ist das zweifellos ein Fortschritt. Allein ob dadurch

eine soziale Hebung unserer Beamten

herbeigeführt wird, erscheint mir einigermaßen fraglich. Im günstigsten Fall werden wir einen gewissen Ausgleich gegenüber den Teuerungsverhältnissen herbeiführen.

Meine Herren, die Verwirklichung dieser Vorlage wird große finanzielle Mittel fordern und wir werden nicht umhin können, heute auch darüber einige Worte zu sagen. Die Staatskasse wird in die Lage versetzt werden müssen, Mittel flüssig zu machen. Ich glaube aber nicht, daß die Art, wie man bisher versucht hat, das nötige Geld aufzubringen, die richtige ist. Die Staatskasse ist die Kasse der Allgemeinheit, und da möchte ich heute schon aussprechen, daß in Bezug auf die neue bevorstehende Steuer der bisherige Faden fortgesponnen wird, das ist der Faden, den ich schlechthin als den agrarischen bezeichnen muß, der darauf ausgeht, das platte Land immer mehr zu entlasten, während man in den letzten Jahren alle neuen Lasten den Städten aufgeschuldet hat. Meine Herren, das wird zu Zuständen führen, die auch der Regierung nicht angenehm sind. Gerade die Vorgänge der letzten Wochen haben deutlich gezeigt,

daß auch der lammfromme Bürger schließlich wild wird, wenn man fortgesetzt seine Steuerlast vermehrt. (Abg. Fr. u. h. auf: Sehr gut!)

Meine Herren, es ist gestern von Herrn Abg. O. L. i. c. h. e. r. und, wenn ich mich recht erinnere, auch von anderer Seite hervorgehoben worden, daß die Klage, wir hätten zu viel Beamten, nicht ganz unberechtigt sei. Auch sonst hört man häufig die Klage, daß wir nach und nach in den Beamtenstaat hineinwachsen; wenn es so fortgehe hätten wir bald nichts mehr als Beamte und Arbeiter. Ich gebe zu, daß in einzelnen Fällen an Beamten gespart werden kann, insbesondere wenn man dem heiligen Bureaucratismus die Flügel etwas beschneidet, wenn man die Bierschreiberei, wo es angängig ist, einschränkt. Aber in Bezug auf die Zahl der Beamten wird damit doch nicht viel zu erreichen sein. Im großen und ganzen müssen wir damit rechnen, daß die Zahl der Staats- und Gemeindebeamten fortwährend im Wachstum begriffen ist, mit anderen Worten, daß wir aufzufesse in den Beamtenstaat hineinwachsen. Richtig be-

trachtet, brauchen wir auch keine Angst zu haben, daß sich daraus unhaltbare Zustände ergeben werden. Nur diejenigen Leute, die kein Verständnis für die soziale Entwicklung unserer Zeit haben, werden nicht ganz ohne Grund eine Gefahr im Wachstum der Zahl der Beamten erblicken und in der ganzen Entwicklung, in der wir uns befinden. Allein wir müssen unterscheiden zwischen Beamtenstaat und Beamtenstaat. Der Beamtenstaat der Merkantilzeit war etwas ganz anderes, als der Beamtenstaat, wie er gegenwärtig mit Naturnotwendigkeit aus unserer Verhältnissen herauswächst. Damals war der Beamtenstaat eine Schöpfung im Interesse der Fürsten, kein Produkt im Interesse der Allgemeinheit, während unser heutiger Beamtenstaat, wie ich schon gesagt habe, aus der ganz natürlichen Entwicklung herauswächst. Die soziale und kulturelle Entwicklung zieht immer weitere Kreise, und die Folge davon ist,

daß der Staat immer mehr Beamte braucht.

Der individualistische Rechtsstaat verschwindet nach und nach und an seine Stelle tritt der soziale, der Kulturstaat, der ganz andere und viel größere und gewaltigere Aufgaben zu lösen hat, als alle bisherigen Staatsformen. Das privatkapitalistische Eigentum wird sich nach und nach auflösen, diese Bewegung wird immer mehr in Gang kommen, es kommen immer neue Formen des Eigentums heraus, die auch eine andere Staats- und Gesellschaftsordnung herbeiführen werden, und es erwachsen darüber dem Staat und der Gemeinde und der Allgemeinheit Pflichten, die eben gelöst werden müssen, um die man nicht herumkommen kann. M. S., die Staats- und Kommunalbetriebe werden auch wachsen, der Staat wird in der Richtung immer größere Aufgaben zu erfüllen haben, denn er wird unmöglich mit verdrängten Armen der Lebermacht des Privatkapitals und der privatkapitalistischen Ausbeutung zusehen wollen, hauptsächlich dann, wenn sie anfängt, einen monopolartigen Charakter zu bekommen. Da ist es die Aufgabe des Staates, im Interesse der Allgemeinheit einzugreifen, und entweder die Reichthümer des Privatkapitals einzuschränken, oder es, wenn es einen monopolartigen Charakter annimmt, und wenn es damit einen die Allgemeinheit schädigenden Charakter bekommen hat,

zu expropriieren und die Betriebe in Staats- oder Monopolregie zu übernehmen.

Neben der wachsenden Zahl der Staats- und Kommunalbeamten sehen wir aber einen ganz neuen Stand herauskommen, den Stand der Privatbeamten, der kaufmännischen und technisch-industriellen Beamten, einen Stand, der, wie gesagt, etwas ganz neues ist, der ganz andere Interessen hat, als etwa der Mittelstand der früheren Zeit. M. S., auch dieser Beamtenstand stellt Ansprüche an den Staat, denen er sich nicht entziehen kann, und die Erfüllung derartiger Ansprüche bedeutet jenseits wieder ein Eingreifen in die bisherige Rechtsphäre des Privatkapitals, und es sind das Kämpfe, die eben ausgefochten werden müssen. Die sozialen Interessen des Beamtenstandes in den Privatbetrieben sind eben auch ganz andere wie die ihrer Arbeitgeber, und diese Kämpfe, die da herauswachsen, und die in letzter Zeit besonders scharfe Formen angenommen haben, werden auch dazu führen müssen, gesetzgeberische Maßnahmen vorzunehmen, wenn man den Leuten zu ihrem Rechte verhelfen will.

In demselben Maße aber, wie die wirtschaftlichen Grundformen unserer Staats- und Gesellschaftsordnung sich ändern, und wie der Staat gezwungen ist, den juristischen, sozialen und sonstigen Leberbau der Gesellschaft diesen veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen, in demselben Maße entstehen aber auch andere neue Unternehmungen, die einen ganz anderen Charakter haben wie die bisherigen. Ich erinnere da nur an die genossenschaftlichen Unternehmungen, und wenn man das alles zusammen nimmt, und in diesem Zusammenhang betrachtet und beurteilt, so wird man wohl der Ueberzeugung sein müssen, daß wir langsam und sicher in ein ganz neues Zeitalter in Bezug auf die staatlichen und kommunalen Verhältnisse hineinwachsen, daß wir mit Sicherheit darauf rechnen müssen, daß die Zahl der Staatsbeamten und auch der anderen Beamten immer mehr zunimmt, und daß auf der anderen Seite die Zahl der wirtschaftlich selbständigen Existenzen in einer fortwährenden Abnahme begriffen ist. Gewiß, m. S., wenn man immer nur den Beamtenstand sich vor Augen hält, wie wir ihn heute haben, der eingengt ist in die Schablonen, die auf uns überkommen sind, der nur diese Bedürfnisse vor Augen hat, dem wird vor der Entwicklung dieser Dinge bange sein. Allein, es wird auch hier eine Aenderung eintreten, denn es wäre durchaus verfehlt, wenn man nur die Wirtschaft demokratisieren wollte und nicht gleichzeitig auch das ganze Staatswesen, es würde das zu sehr bedenklichen Konflikten führen, die sicher doch eine völlige Demokratisierung des Staatswesens herbeiführen würden. Und weil wir der Meinung sind, daß die Entwicklung in dieser ganzen Richtung sich bewegt, darum hätten wir gewünscht, daß bei der Aenderung des vorliegenden Beamtengesetzes auch

die demokratischen Gesichtspunkte etwas mehr berücksichtigt worden wären.

M. S., der Staat von heute ist ja nichts steriles, sondern

Schmerzloses Zahnziehen garantiert.

Karlsruhe.

Verbindung von...

einhold Sol...

nach.

2862

ein lebendiger Organismus, der in fortwährender Umänderung begriffen ist und demzufolge dürfen auch die Gesetze, die von so einschneidender Bedeutung sind, wie das hier vorliegende, nicht immer wieder in die alte Schablone hineingepreßt werden, sondern man muß eben die Entwicklung der Verhältnisse dabei mitberücksichtigen. Man sagt, die fortwährende Steigerung der Zahl der Beamten bringt eine gestärkte Macht des Staates herbei und dadurch einen sehr unangenehmen Zustand. Das ist, oberflächlich gedacht, durchaus richtig, je mehr Beamte der Staat hat, desto größer wird seine Macht, desto mehr Menschen sind von ihm abhängig, und es ist das auch einer jener Punkte, die man gegen den Sozialismus schlechthin einwendet, man vergißt aber dabei, daß, wenn dieses in unserem Sinne verwirklicht werden soll und wird, natürlich der Staat an und für sich in anderer Weise seine Aufgaben lösen muß, die ihm gestellt sind, als das unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Fall ist. Wir wünschen, daß mit bei der Demokratisierung auch gleichzeitig die Demokratisierung der Wirtschaft und des ganzen Staatswesens Schritt hält. Die Persönlichkeits-Entwicklung wird auch nicht geschädigt dadurch, im Gegenteil, ich glaube, sie wird dadurch gefördert, und sie wird sich noch mehr entwickeln, wenn man die Rechte dann nicht allzusehr einschränkt, wie das gegenwärtig im Beamtengesetz der Fall ist.

**Ein wirklich demokratischer und sozialer Staat kann niemals eine Gefahr für die Allgemeinheit bilden.**

er kann auch niemals eine Gefahr für die Kultur bilden, denn ein Volk, das Herr über sich selbst ist und selbst zu bestimmen hat, würde sich niemals eine Regierungsweise und eine Regierungsform gefallen lassen, die seinen eigenen wirtschaftlichen und kulturellen Interessen direkt entgegenarbeitet. Der heutige Staat ist im Grunde genommen ein antisozialistischer Staat, indem alle sozialen Interessen nur immer nachgedrungen werden in ihm Berücksichtigung finden. Die herrschende Klasse tritt immer nur widerwillig an soziale Reformen heran, und sie tritt auch nur widerwillig an demokratische Reformen heran, wie wir das hier wieder beim Beamtengesetz gesehen haben. Ich glaube, je mehr wirkliche Demokratie in einem Staatswesen ist, desto mehr läßt sich auch eine wirkliche soziale Reform durchführen. Man könnte hier entgegenhalten, die Tatsachen sprechen dagegen, denn ein wirklich demokratisches Staatswesen, wie wir sie heute haben, hat nicht so viel soziale Reformen hervorgebracht wie in Deutschland, und dieses ist angebracht, wie die Sozialdemokraten behaupten, ein noch zu zwei Drittel absolutistisch regierter Staat. Nun gebe ich ohne weiteres zu, daß wir auf dem Gebiete der sozialen Reformen weiter vorgeschritten sind wie in manchem republikanisch und parlamentarisch regierten Staate, aber das ist nicht auf den guten Willen und auf das gute Herz der Gesellschaft zurückzuführen, sondern in erster Linie auf die große gewaltige und starke deutsche Arbeiterbewegung, welche die herrschenden Klassen in Deutschland in ganz anderer Weise auf ihre Pflicht aufmerksam gemacht hat, als das in anderen Staaten möglich ist.

**Ohne Sozialdemokratie keine Sozialpolitik!**

hat ein hervorragender deutscher Staatsmann gesagt und das ist ein durchaus zutreffendes Wort. Im modernen Staat, wie wir ihn heute haben, fürchten deshalb auch die Besitzer der heutigen Produktionsmittel, insbesondere die Produzenten und die Nutzer diese Demokratisierung, sie wissen ganz genau, daß, wenn heute die Demokratisierung beginnt, daß diese auf alle Gebiete übergreifen würde, und daß dadurch ihre Macht ganz wesentlich eingeschränkt werden würde, und daß diese Entwicklung eine viel freiere sein wird, als das unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Fall ist. Ich sage also, auch das Beamtenrecht muß demokratisiert werden, und wenn wir heute noch nicht dazu kommen, so wird eine spätere Kammer zweifellos dazu übergehen müssen. Es handelt sich ja da nicht nur um eine wirtschaftliche Sicherstellung der Beamten, sondern insbesondere auch um das Recht der Persönlichkeit der Beamten, denn diese soll frei sich entwickeln können. Ich fürchte, daß unter dem gegenwärtigen Beamtengesetz das nicht immer der Fall sein wird. Wenn man lediglich diese Gesichtspunkte in Betracht ziehen wollte, so müßte man das Zeitalter der Sklaverei als ein außerordentlich angenehmes bezeichnen, denn im Zustande der Sklaverei waren diese wirtschaftlich nach jeder Richtung

sichergestellt, aber wir wollen unsere Staatsbeamten nicht zu Staatsklaven erziehen und machen, deren wirtschaftliche Existenz nach jeder Richtung gefördert ist, denn das wäre ein Zustand, der nach gar keiner Richtung hin irgendwie befriedigend wäre. Je größer die Zahl der Beamten ist, desto größer ist die Abhängigkeit der Beamten vom Staat, wenn der Staat ausschließlich die Rechte und die Beamten ausschließlich die Pflichten haben. Das persönliche Abhängigkeitsverhältnis des Beamten darf nur insoweit beschränkt oder eingeführt werden, als es absolut notwendig ist. Was darüber hinaus geschieht, ist von Uebel.

**Badischer Landtag. Zweite Kammer.**

(93. Sitzung.)

Karlsruhe, 23. Juni.

Präsident Fehrenbach eröffnete 9¼ Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch: Staatsminister Frhr. v. Dusch, die Minister von Seel, Frhr. v. Marschall und Frhr. v. Bodmann; Regierungskommissäre.

Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung über die Gesetzentwürfe, die Gehaltsordnung und die Aenderung des Beamtengesetzes, betr.

Sekretär Abg. Müller (natl.) zeigte die neuen Einläufe, zwei Petitionen, an.

Der Präsident machte kurze geschäftliche Mitteilungen. Es lag vom Oberstammerherrn eine Einladung zum Festmahl aus Anlaß des Geburtsfestes des Großherzogs vor.

Darnach wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Abg. Kopf (Zentr.): Es ist gestern darauf hingewiesen worden, daß die Vorlagen, mit denen wir uns beschäftigen, bei ihrem Erscheinen einer abfälligen Kritik unterworfen wurden. Um so erfreulicher ist es daher, daß wir nun daran sind, die Vorlagen einstimmig zu genehmigen. Daraus geht hervor, daß es der Kommission gelungen ist, bestehende Bedenken zu zerstreuen, Verbesserungen herbeizuführen und den Vorlagen eine Gestaltung zu geben, daß wir ihnen zustimmen können. Die Arbeit der Kommission war eine große und das, was die Berichterstatter leisteten, verdient unsere volle Anerkennung. Für den Volksvertreter wirkt sich bei solchen Vorlagen die Frage auf, welche finanzielle Tragweite haben dieselben? Darüber haben wir gestern von dem Finanzminister nähere Auskunft erhalten. Es handelt sich nach demselben um eine bedeutende Summe. Wir müssen uns fragen, können wir die Bewilligung einer so bedeutenden Summe vor unseren Wählern verantworten? Ich bin der Meinung, daß wir das können. Die Sätze, welche gemährt werden, sind bei den heutigen Verhältnissen nicht als übertrieben zu bezeichnen. Das Volk stellt an die Beamten hohe Anforderungen hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit, beruflichen Tüchtigkeit, Integrität und Integrität des Charakters. Wenn die Wünsche des Volkes in dieser Beziehung erfüllt werden, wie dies bisher der Fall war, dann wird es auch gerne die Aufwendungen für die Beamten tragen. Aber auch die Beamten haben allen Anlaß, mit dem, was durch die beiden Vorlagen geboten wird, zufrieden zu sein. Es handelt sich um Aufbesserungen von 18 bis 19 Prozent. Dazu kommen noch verschiedene Vorzüge. Ich brauche darauf nicht mehr einzugehen, da Abg. Wildens schon gestern auf dieselben hingewiesen hat. Einige Bestimmungen der Vorlagen haben anfänglich zu schweren Bedenken Anlaß gegeben. Es gelang aber, eine Verständigung herbeizuführen. Erfreulich ist es, daß die Kommission sich über die Vorbildung der mittleren Beamten grundsätzlich ausgesprochen und dem Begehren, die Vorbildung für die mittleren Beamten immer mehr hinauszuschrauben, Zügel angelegt hat. Bezüglich des Wohnungsgeldes sind auch wir der Ansicht, daß dem nächsten Landtag eine Vorlage über ein neues Ortsklassensystem gemacht werden soll. Trotz der Opfer, die die Vorlagen erfordern, ist es nicht gelungen, eine volle Zufriedenheit bei allen Beamtenkategorien zu erzielen. Es ist nicht zu leugnen, daß manche Unstimmigkeiten zurückgelassen sind. Ich verweise nur auf die Wünsche der Techniker, der Landgerichtsräte und der Amtsrichter. Die Gruppe der unzufriedenen Kategorien ließe sich noch beliebig vermehren. Ich meine aber, daß nach dem, was nun getan wird, Zufriedenheit bei den Be-

amten einführen sollte. Die Lehrerfrage nahm bei den Beratungen der Kommission einen breiten Raum ein. Die Kommission hat eine Resolution angenommen, daß bei einer Aenderung des Elementarunterrichtsgesetzes die Lehrer in den Gehaltsstufen unter G 2 eingereiht werden sollen. Wir haben in der Kommission gegen diese Resolution gestimmt und werden es auch im Plenum tun. Wir wollen diese Frage für heute offen lassen, da angeht die Haltung der Regierung, eine Einreihung der Lehrer in den Gehaltsstufen nicht zu erreichen ist. Die Regierung hat übrigens in Aussicht gestellt, die Zulagegrößen der Lehrer in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen der Gehaltsnominierung für die entsprechenden Beamtenkategorien zu bringen. Die Lehrer haben auf dem letzten Landtag eine wesentliche Aufbesserung erhalten. Ein Anlaß zu einer Abweichung von dem von der Regierung auf dem letzten Landtag vertretenen Standpunkte ist nicht gegeben, da ein Konflikt bei den Lehrern nicht vorhanden ist. Die Beamten haben allen Anlaß, mit dem, was die Kommission geschaffen, zufrieden zu sein, denn sie schuf eine Mittellinie, die allen berechtigten Wünschen Rechnung trägt. Hoffen wir, daß bei den Opfern, die das jetzt geschaffene Werk bringt, dieses dem Lande zum Segen gereicht. (Beifall beim Zentrum.)

Abg. Kolb (Soz.) begründete hierauf die von der sozialdemokratischen Fraktion gestern eingebrachte Resolution. (Siehe Leitartikel.)

Staatsminister Frhr. v. Dusch: Nach dem Verlaufe, den die Verhandlungen genommen haben, ist der Schluß berechtigt, daß die Vorlagen einstimmig Annahme finden. Ich kann darüber nur meiner Genugthuung Ausdruck geben. Ich muß auch meine Befriedigung darüber aussprechen, daß alle Redner der Ueberzeugung Ausdruck verliehen haben, daß zur Finanzierung der Vorlagen ernste Maßregeln notwendig sind und daß mit einer Steuererhöhung gerechnet werden muß. Zu der Resolution der sozialdemokratischen Fraktion bezüglich der Beamten möchte ich bemerken, daß die Fassung dieser Resolution eine ganz eigenartige ist. Das Haus ist nicht in der Lage, eine Resolution zu fassen, die besagt, die Regierung hat so und so zu handeln. Das Haus kann Gesetzesvorschläge machen oder in einer Resolution sagen, die Regierung möge im Sinne derjenigen etwas tun, es kann aber keine kategorische Weisung der Regierung geben. Im allgemeinen muß ich sagen, daß die Resolution für die Regierung unannehmbar ist. Die Resolution steht nicht auf dem Rechtsboden. Bezüglich der politischen Stellung der Beamten lassen sich allgemeine Bestimmungen nicht aufstellen. In dieser Frage nehme ich den Standpunkt ein, den der Minister des Innern in seiner Rede bei der allgemeinen Finanzdebatte vertreten hat. Auch bezüglich der Koalitionsfreiheit der Beamten kann ein allgemeines Prinzip nicht formuliert werden. Das ist übrigens die badische Regierung in dieser Sache nicht einseitig verfahren, zeigt die große Zahl der Beamtenvereine, denen nie etwas in den Weg gelegt wurde. Zwei Resolutionen beziehen sich auf die Volksschullehrer, die Resolution der Kommission und die der sozialdemokratischen sowie der demokratischen Fraktion. Die Regierung kann keiner der Resolutionen zustimmen. Mit der Annahme der einen oder anderen Resolution würde eine Befriedigung doch nicht erzielt werden und wenn man das tut, was die Resolution verlangt, würde man einen Schritt unternehmen, wie er in ganz Deutschland noch nicht getan worden ist und wie er nicht getan werden kann. Die Regierung ist nach wie vor entschlossen, an der Verbindung der Lehrer mit den Gemeinden festzuhalten. Das gilt als Grundsatz in ganz Deutschland. Die Lehrerpresse hat in der Behandlung der Lehrerfrage einen Ton angeschlagen, als ob sie die Befreiung verlangen hätte. Ihre Behauptung, daß die Ankündigung der Regierung, sie werde für den Fall der Einreihung der Lehrer in den Gehaltsstufen die Vorlage zurückziehen, eine leere Drohung sei, ist nicht richtig. Der Regierung war es damit voller Ernst. Sie hat, wie ich in der Kommission schon mitgeteilt habe, eine Aenderung des Elementarunterrichtsgesetzes in Aussicht gestellt, bei der eine Befreiung der Lehrer erfolgen soll. Man sieht übrigens in dieser Angelegenheit wieder die Berechtigung des Wortes: „Undank ist der Welt Lohn!“

Abg. Gierich (Fon.) kam des näheren auf die Vorlagen zu sprechen und betonte, daß dieselben wohl nicht alle Wünsche befriedigen, aber wesentliche Verbesserungen bringen, mit denen

**Berliner Nachbilder.**

4) (Fortsetzung.) (Nachdruck verb.)

Nun brauchte man sich ja um das Treiben der Prostituierten nicht weiter zu kümmern, wenn es nicht manchmal vorläme, daß anständige Personen von ihnen geblöckelt belästigt würden, Belästigungen, welche geradezu zum Erpressen führen. Die Methoden sind recht mannigfache. Da geht in einer weniger belebten Straße ein Herr arglos seines Weges. Klöplich sieht er sich von einem jungen Manne angehalten, der ihm die Worte zuruft: „Mein Herr, was erdreisten Sie sich, wie kommen Sie dazu, mir unsittliche Anträge zu stellen?! Gleich kommen Sie mit zur Polizeiwache!“ Ganz empört über solche Verhöhnung versucht der Ueberrumpelte seiner Entrüstung Ausdruck zu geben. Doch der andere läßt nicht locker und die Folge ist, daß der Herr, um unangenehme Strafen aufzutreiben zu vermeiden, dem andern eine Summe Geldes zahlt, um so in Ruhe weiterwandern zu können. — Bisweilen „arbeiten“ die Erpresser auch zu zweien oder dreien, indem nämlich der eine von ihnen einen Vorübergehenden in der geschicktesten Weise anrempelt und seine Genossen dann als „Zeugen“ sich in das Gespräch hineinmischen. Vielfach geschieht die Erpressung auf schriftlichem Wege und manchmal werden ganz hohe Summen verlangt, die schon häufig das betreffende Opfer direkt ins Unglück, in den Tod getrieben haben, wie es uns viele Gerichtsverhandlungen zeigen.

Interessant ist es, zu hören, daß die Homosexuellen in Berlin auch Wälle veranlassen, die von den Urningen im Straßenanzug, in Toilette oder auch kostümiert oder maskiert besucht werden. Die „Berliner Zeitung“ berichtete über einen solchen Fall einmal ganz ausführlich:

„Fast alle sozialen Elemente Berlins haben ihre geselligen Vereinigungen: die Duden, die Kaffhäuser, die Junggesellen, die Witwen — warum nicht auch die Weiberfreunde? Diese psychologisch merkwürdige und gesellschaftlich nicht allzu erbauliche Menschenpezies hatte dieser Tage einen Ball. „Großer Wiener Maskenball“ — so lautete die Ansage. Und wie Willeverteilung bezw. dem Willeverkauf wird mit großer Rigorosität verfahren; die Herrschaften wollen unter sich sein. Wir betreten den Saal gegen Mitternacht. Nach den Mägen eines gutbesetzten Orchesters wird flott getanzt. Der starke Tabaksqualm, der die Gasluftröhre verschleiert, läßt die Details des

wogenden Treibens nicht sofort hervortreten. Erst in der Tanzpause können wir nähere Umschau halten. Die Masken sind bei weitem in der Mehrzahl; schwarzer Fraß und Ballrobe erscheinen nur vereinzelt.

Doch, was ist das? Die Dame, die eben in rosa Tarlatan an uns vorbeirauscht, hat eine glimmende Zigarre im Mundwinkel und paßt wie ein Dragoner. Und ein blondes, nur leicht weggeschminntes Bärtchen trägt sie auch. Und jetzt spricht sie mit einem stark defolletierten „Engel“ in Tricot, der mit auf dem Rücken versträubten nackten Armen dassteht und gleichfalls raucht. Das sind zwei Männerstimmen und die Unterhaltung ist ebenfalls stark männlich; sie dreht sich um den „verfluchten Tabak, der keine Luft hat“. Also zwei Männer in Damenkleidern!

Ein landesüblicher Clown steht dort an einer Säule in zärtlichem Gespräche mit einer Balletteuse und hat seinen Arm um ihre tadellose Taille geschlungen. Sie hat einen blonden Tituskepf, scharfgeschnittenes Profil und ausnehmend üppige Formen. Die blühenden Ohrgehänge, das Kollier mit dem Medaillon um den Hals, die nackten runden Schultern und Arme lassen einen Zweifel an ihrer „Echtheit“ nicht aufkommen, bis sie mit einer plötzlichen Wendung von dem sie umfassenden Arm sich losmacht und gähnend sich abwendet mit dem im tiefsten Maß geleisteten Stoßseufzer: „Emil, du bist heute zu langweilig!“ Der Ungeheuerliche traut seinen Augen kaum; auch die Balletteuse ist männlichen Geschlechts!

Mittrauisch mustern wir weiter. Wir vermuten fast, hier werde verkehrte Welt gespielt; denn hier geht oder vielmehr trippelt ein Mann — nein, entschieden kein Mann, obgleich er ein sorgfältig gepflegtes Schnurrbartchen trägt. Der wohlfrisierte Lodenkopf, das gepuderte und geschminkte Gesicht mit den stark „nachgetuschelten“ Augenbrauen, die goldenen Ohrgehänge, das von der linken Schulter nach der Brust zu verlaufende Vordruckfett von lebenden Blumen, das den eleganten schwarzen Leibrock ziert, die goldenen Armbänder an den Handgelenken und der zierliche Fächer in der weißen kleinen Hand — das sind doch keine Attribute des Mannes. Und wie tollert er den Fächer handhabt, wie er tänzelt und sich dreht, wie er trippelt und lispelt! Und doch hat die grundgütige Natur diese Puppe als Mann geschaffen. Er ist Verkäufer in einem hiesigen großen Konfektionsgeschäft und die Balletteuse von vorhin ist sein „Kollege“.

Am Edtischchen dort scheint großer Cercle abgehalten zu werden. Mehrere ältere Herren drängen sich um eine Gruppe stark defolletierter Damen, die beim Glase Wein sitzen und, der lauten Heiterkeit nach, nicht allzu zarte Scherze machen. Wer sind nun diese drei Damen? „Damen“, lächelt mein fundiger Begleiter. Nun wohl! Die rechts mit den braunen Haaren und dem halbblangen Phantasiestöckchen und mit dem Perlenkollier ist hier unter dem Namen „Miß Ella auf Seil“ bekannt und ihres Zeichens ein Damenständer — und die dritte — nun, das ist die weit und breit berühmte „Lotte“.

„Das kann aber doch unmöglich ein Mann sein? Diese Taille, diese Hüfte, diese Klaffschen Arme, das ganze Wesen ist doch ausgesprochen weiblich!“

Ich werde dahin belehrt, daß „Lotte“ früher Buchhalter gewesen ist. Heute ist sie aber vielmehr er allerdings ausschließlich „Lotte“ und findet ein Vergnügen daran, die Männerwelt möglichst lange über sein Geschlecht zu täuschen. Seine Wirthe erzählen, daß er sich auch eines gefälschten Damen-Nachnegligés bedient.

Bei genauerer Mustering der Anwesenden entdeckte ich zu meiner Verwunderung auch allerhand Bekannte: meinen Schuttmacher, den ich für alles andere als einen „Weiberfreund“ gehalten; er ist heute Troubadour mit Degen und Federhut und seine „Leonore“ im Brautkostüm pflegt mir im Zigarettenladen die „Bod“ und „Uppman“ vorzulegen. Die „Leonore“, die in der Pause die Handgüsse abgelegt hat, erkenne ich ganz genau an den großen erzkorenen Händen. Nichtig! Da ist ja auch mein Schlipslieferant. Er läuft in einem bedenklichen Kostüm als „Bachus“ herum und ist der Seladon einer widerwärtig ausgestaffierten Dirne, die sonst in einem Weibierlokal als Kellner fungiert. Was an wirklichen „Damen“ auf dem Ball verfehrt, entzieht sich der öffentlichen Schilderung. Jedenfalls verfahren sie nur ganz unter sich und vermeiden jede Annäherung an die weiberfeindlichen Männer, während diese wieder konsequent unter sich bleiben und sich amüsieren, die holde Weiblichkeit aber gänzlich ignorieren.“

Noch Näheres über das nächtliche Treiben der Homosexuellen zu hören, würde hier zu weit führen, da noch verschiedene andere Sachen besprochen werden müssen, die zur Vervollständigung der „Berliner Nachbilder“ unbedingt gehören.

(Fortsetzung folgt.)

weite Beamtentreise zufrieden sind. Zu bedauern ist es, daß die Lehrer nicht in den Gehaltsstufen eingereiht werden konnten. Daraus wurde die Sitzung geschlossen. — Nächste Sitzung: Mittwoch 1/2 Uhr. — Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung.

Deutsche Politik.

Eine Charakteristik Wilhelms II.

Liefert der für deutsch-französische Verständigung wirkende Pariser Professor Mabileau in der Zeitschrift „Opinion“ Herr Mabileau hat aus einer Unterredung, die er im vorigen Jahre mit Wilhelm II. hatte, den Eindruck gewonnen, daß der deutsche Kaiser den Frieden liebt und eine Annäherung an Frankreich dringend wünscht. Außerdem wird Wilhelm II. „eine Art Mystizismus“ nachgesagt, „aus dem er seine Widerstandskraft gegen Versuche aller Art schöpft“, und das Wort eines Ratgebers des Kaisers zitiert: „Es kann ihm vorkommen, Unvorsichtigkeiten zu sagen, aber keineswegs solche zu begehen.“

In das Autographenalbum einer jungen Französin soll sich Wilhelm II. eingedrückt haben als „Guillaume I. R. Mutualist“. Unter Mutualismus versteht man gemeinhin jene besondere Art von Sozialismus, die Brousson propagiert hat, außerdem wird es heute in Frankreich auch noch auf andere recht verschwommene Bestrebungen angewendet.

Der Sinn der ganzen Charakteristik ist wohl der, daß Wilhelm II. viel rascher als irgend ein anderer Staatsmann der Welt geneigt ist, kriegerische Ansprachen zu halten, daß aber von da bis zu wirklichen kriegerischen Entscheidungen noch ein recht weiter Weg ist. Diese Auffassung hat sich bisher als richtig erwiesen. Aber es gibt Situationen, in denen ein zu rasches Wort schon ebensowohl wiegen kann wie eine vollendete überreife Handlung.

Ein ganz „Gefährlicher“.

In Gotha trat vorige Woche die Generalversammlung des Verbandes der Schuhmacher Deutschlands zusammen. In dem Berichte über die Generalversammlung ist mitgeteilt worden, daß als Vertreter des schweizerischen Schuhmacherverbandes Zinner-Winterthur anwesend ist. Zinner hielt sich 1886 in Gotha auf und wurde damals, zur Zeit des Sozialistengesetzes, als lästiger Ausländer aus Gotha ausgewiesen. Jetzt ist Zinner Bürger der Schweiz. Der frühere Abg. Bod hatte darum nachgesucht, Zinner für die Tagung der Generalversammlung der Schuhmacher Deutschlands in Gotha den Aufenthalt zu gestatten. Das ist zwar gestattet worden, das Schriftstück der gothaischen Regierung aber ist ein neues Kennzeichen für die Kulturböhe Deutschlands, und es muß daher der Nachwelt erhalten bleiben. Es lautet wörtlich:

Abchrift.

Stadtrat zu Gotha. Herzogl. Sächsisches Staatsministerium. A. II. 2960, zu 3026 II. Gotha, den 4. Juni 1908. Anlage: Akten.

Auf ein Gesuch des Wilhelm Bod in Gotha ist beschloffen worden, dem Journalisten Dionis Zinner einen mehrtägigen Aufenthalt vom 12.—25. Juni 1908 in der Stadt Gotha unter der Bedingung zu gestatten, daß er in keiner Weise eine politische oder sozialistische Agitation entfalte.

Der Stadtrat hat den Wilhelm Bod hier von in Kenntnis zu setzen und ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß Zinner sofort ausgewiesen werde, wenn er agitatorisch tätig wird. An den Stadtrat, hier, J. N. 3026.

In Abchrift an Herrn Wilhelm Bod hier, Sonneborner Straße 18.

Dem schweizerischen Vertreter der Schuhmacherorganisation wurde also der Aufenthalt während der Tagung der Generalversammlung gnädigst gestattet, indes an den Verhandlungen durfte er sich nicht beteiligen, damit das gothaische Rändchen nicht in Gefahr käme.

Unter den durchgefallenen Industrievertretern

des früheren preussischen Landtags wurden von uns wesentlich auch die Herren Schmieding und Westermann genannt. Schmieding und Westermann sind aber gewählt, der erste allerdings mit sehr geringer Mehrheit. Seine Wahl wird angefochten werden.

„Unpolitische“ Kriegervereine.

Der Kriegerverein „Haffia“ hielt in Ortenberg (Oberhessen) eine Mitgliederversammlung ab, in der u. a. auch folgendes angenommen wurde:

Die Mitglieder der Kriegervereine können nicht gleichzeitig Gewerkschaften angehören, solange diese sozialdemokratische Organisationen sind, oder die sozialdemokratische Partei direkt unterstützen. Die beruflichen Interessen der Kameraden Arbeiter sind außerhalb der Verbands- und Vereinstätigkeit durch geeignete Kameraden zunächst zu fördern, insbesondere durch solche, welche als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer oder in anderer Eigenschaft im gewerblichen und industriellen Leben nahe stehen.

Es wird den Kriegervereinen verboten, sich gewerkschaftlich zu organisieren, höchstens dürfen sie gelben oder christlichen Vereinen angehören. Die Kriegervereins-Gelben scheinen das richtige Gefühl zu haben, daß Arbeiter, die ehrlich befreit sind, ihre Lage zu verbessern, keinen Platz in dem Kreise schwächender „Patrioten“ hätten.

6. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

C. B. Hamburg, 22. Juni 1908.

Der 6. deutsche Gewerkschaftskongreß trat heute im festlich geschmückten Saale des Hamburger Gewerkschaftshauses zusammen. Nach der Rede Legiens wird zur Wahl des Bureau geschritten. Zu Vorsitzenden werden Legien und Bömelburg, zu Schriftführern Cohen-Berlin (Metallarbeiter), Schneider-Hannover (Fabrikarbeiter), Kappeler-Altenburg (Mühlenarbeiter), Bollmann-Charlottenburg (Porzellanarbeiter), Bartels-Dortmund (Bergarbeiter) und Krüger-Landskron (Textilarbeiter) gewählt.

Bömelburg übernimmt den Vorsitz. Der Kongreß gibt sich keine Geschäftsordnung und setzt seine Tagungszeit fest auf 8—12 Uhr vormittags und 2—6 Uhr nachmittags.

Zu Mitgliedern der Mandatsprüfungskommission werden Hübsch (Textilarbeiter), Sachse (Bergarbeiter), Glöde (Lichtler), Schmidt (Gärtner), Knüpper (Zimmerer), Roth (Buchbinder) und Schülke (Transportarbeiter) gewählt.

Am Nachmittag soll eine neungliedrige Redaktionskommission gewählt werden, in der alle Industriegruppen vertreten sind. Sie erhält sofort den Auftrag, eine Resolution zu dem Punkte „Grenzstreitigkeiten“ auszuarbeiten, um die Debatte fruchtbar zu gestalten, sie abzufügen — es liegen 13 Anträge vor — und ihr von vornherein eine bestimmte Richtung zu geben.

Es folgt die Festsetzung der Tagesordnung. Zu der von der Generalkommission vorgeschlagenen Tagesordnung sind folgende Änderungsanträge gestellt:

Der Verband der Sattler (Zahlstelle Hamburg) beantragt auf die Tagesordnung zu setzen: Gewerkschaften und Raiffeier.

Der Verband der Schuhmacher (Zahlstelle Pirmasens) will behandelt sehen: Zentral- und Industrieverbände.

Das Gewerkschaftsstellwerk Karlsruhe wünscht als besonderen Punkt: Das Verhältnis der einzelnen Organisationen zu den Gewerkschaftsstellwerken und schlägt außerdem vor, den Punkt: Die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland nicht als letzten, sondern als vierten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

Bömelburg bemerkt zu den Anträgen: Die Generalkommission in Verbindung mit der Konferenz der Zentralverbände schlägt vor, die Frage der Raiffeier im Rechenschaftsbericht der Generalkommission als besonderen Punkt zu behandeln. Dagegen fällt die Behandlung der Frage: Zentral- und Industrieverbände offenbar unter den Punkt „Grenzstreitigkeiten“ und braucht nicht besonders behandelt zu werden. Dagegen schlagen wir vor, die „Grenzstreitigkeiten“ an vierter Stelle zu behandeln und als fünfter Punkt zu setzen: Die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland.

So wird debattelos beschlossen. Der Antrag Karlsruhe wird abgelehnt. — Die Tagesordnung lautet demnach:

- 1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. 2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission. Berichterstatter C. Legien. Beratung der Anträge betreffend: a) Allgemeine Agitation. b) Arbeiterinnen-Sekretariat. Berichterstatterin J. Altmann-Berlin. c) Agitation unter den Dienstboten. Berichterstatterin S. Grünberg-Münsterberg. d) Agitation unter den fremdsprachlichen Arbeitern. e) Streikunterstützung und Streikstatistik. f) Heimarbeiterschutz. g) Kommission zur Beseitigung des Rost- und Logiszwangs beim Arbeitgeber. Berichterstatter R. Plum-Berlin. h) Korrespondenzblatt. i) Raiffeier. (Die Punkte a, b, d, e und h sollen gemeinsam behandelt werden.) 3. Zentral-Arbeitersekretariat. a) Bericht über die Tätigkeit. Berichterstatter R. Schmidt-Berlin. b) Die Vertretung der Rechtshilfen durch Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre vor den Gerichten. Berichterstatter E. Lesche-Hamburg. 4. Die Grenzstreitigkeiten. 5. Die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland. Referent S. Rolkenbühr. 6. Die staatliche Versicherung der Privatangestellten. Referent R. Lange-Hamburg. 7. Die gewerkschaftliche Stellenvermittlung. Referent E. Hübsch-Berlin. 8. Der Postlot als gewerkschaftliches Kampfmittel. Referent O. Altmann-Hamburg. 9. Die Organisation zur Erziehung der Jugend. Referent R. Schmidt-Berlin. 10. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erlegten Anträge.

Den Rechenschaftsbericht der Generalkommission

erstattet Legien: Der ausführliche schriftliche Bericht braucht nur in vier Punkten der mündlichen Ergänzung: 1. in der Frage des Verhältnisses der Gewerkschaften zu den Genossenschaften; 2. in der Frage der Raiffeier; 3. in der Frage des sogenannten gewerkschaftlichen Frauenblattes und 4. in der Frage der fremdsprachigen Arbeiter. Der Gewerkschaftskongreß in Köln hat beinahe alle Genossenschaften einerseits seine Sympathien ausgesprochen, andererseits bestimmte Forderungen gestellt. Wir glauben, daß damit das Verhältnis endgültig geregelt sei in der Voraussetzung, daß der nächste Genossenschaftstag die Kölner Resolution zu der seinigen machen würde. Da dies nicht geschah, wandte sich die Generalkommission an den Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine mit der Frage, wie er sich zu den Forderungen der Gewerkschaften stelle. Der Vorstand erklärte, daß diese Forderungen in ihren Einzelheiten nicht so allgemein durch den Genossenschaftstag akzeptiert werden könnten, sondern daß zu ihrer Durchführung besondere Vereinbarungen nötig seien. Darauf ließ die Generalkommission die Sache zunächst auf sich beruhen, um abzuwarten, wie weit die Forderungen erfüllt werden würden. Da kam die Düsseldorf-Tagung der Konsumvereine und die dort angenommene Resolution stieß auf erheblichen Widerspruch in Gewerkschaftskreisen, weil ihr Wortlaut den Eindruck erwecken könnte, als wollten die Genossenschaften nicht mehr mit der alten Energie dafür sorgen, daß ihre Betriebe vorbildlich seien. Die Generalkommission setzte sich wieder mit dem Zentralverband in Verbindung und machte nunmehr bestimmte Vorschläge im Sinne der Kölner Resolution. In einer gemeinschaftlichen Sitzung wurden diese Vorschläge eingehend beraten und einige Änderungen vorgenommen. Der Zentralverband erklärte aber, daß es nach dem Instanzengange nicht möglich sei, die Angelegenheit schon auf dem nächsten Genossenschaftstage zu verhandeln. Der Genossenschaftstag tagt beinahe gleichzeitig und deshalb mußte auch die gegenseitige Vertretung unterbleiben. Die Angelegenheit muß also zurückgestellt werden, weil sie sich noch im Stadium der Beratung befindet. Eines haben die Verhandlungen aber bereits ergeben: der Vorstand des Zentralverbandes hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Düsseldorf-Resolution

durchaus nicht mit dem alten Prinzip der Vorbildlichkeit brechen will. In diesem Sinne wird er dem Genossenschaftstag in Eisenach eine Resolution vorlegen. Wird sie, die geeignet ist, die Nichtstimmung in Gewerkschaftskreisen zu beseitigen, jetzt dort angenommen, dann können wir unsererseits dieselbe Erklärung wie in Köln zugunsten der Genossenschaften abgeben.

In Sachen der Raiffeier haben die Verhandlungen des Kölner Gewerkschaftskongresses Veranlassung zu nicht unerheblichen Debatten und Auseinandersetzungen zwischen der Partei- und Gewerkschaftspresse gegeben. Die Folge war, daß zwischen Generalkommission und Parteivorstand eine Verständigung darüber gesucht wurde, ob es möglich sei, die Raiffeierfrage einheitlich zu regeln. Nach der erstmaligen Besprechung wurde in Aussicht genommen, die Frage der Raiffeier auf dem nächsten internationalen Sozialistkongreß auf die Tagesordnung zu setzen, um eventuell eine Änderung des früheren Beschlusses herbeizuführen und ihn so zu formulieren, daß die Arbeiterorganisationen aller Länder ihm nachkommen können. Die Voraussetzung dafür, daß dieser Punkt auf die Tagesordnung des internationalen Kongresses kommen sollte, war, daß bei der Vorbesprechung der deutschen Delegierten eine Einigung herbeigeführt wurde. Diese Einigung ist in Stuttgart erzielt worden. Der Parteitag in Essen beauftragte dann den Vorstand zu Verhandlungen mit der Generalkommission mit der Aufgabe, daß ihre Vereinbarungen als rechtsverbindlich gelten sollten. Diese Vereinbarung ist bekannt: sie wird den Gegenstand weiterer Erörterungen bei dem Punkte der Tagesordnung: Die Raiffeier bilden.

Die nächste Frage ist im schriftlichen Bericht nicht erwähnt. Sie betrifft das angebliche Projekt der Herausgabe eines gewerkschaftlichen Frauenblattes. Auf dem Verbandstage der Textilarbeiter in Leipzig ist gegen diesen Plan von einzelnen Rednern entschiedene Verwahrung eingelegt worden. Doch sind die Verhandlungen auf dem Verbandstage nicht in der Art verlaufen, wie im Bericht des „Vorwärts“ zu lesen war. Daß der „Vorwärts“ einen solchen Bericht gebracht hat, liegt an der Unfähigkeit des Berichterstatters. Denn ich kann nicht annehmen, daß der Berichterstatter etwa mit Absicht seine eigenen Gedanken in den Bericht hineingebracht hat. Das stenographische Protokoll ergibt jedenfalls, daß die Verhandlungen dort doch viel sachlicher verlaufen sind, so daß wir keine Veranlassung hatten, uns besonders dagegen zu verwahren. Immerhin muß ich sagen: loyal war die Handlung der Textilarbeiter nicht. Sie müssen aus langjähriger Erfahrung wissen, daß die Generalkommission nicht aus eigener Machtvollkommenheit mit solchen Projekten hervortritt, die die allgemeine Gewerkschaftsbewegung angehen. Nun ist in keiner Ausschussung, in keiner Konferenz der Vorstände ein solches Projekt verhandelt worden und deshalb hätte der Vorstand der Textilarbeiter loyalerweise annehmen müssen, daß ein solches Projekt nicht existiert. In der Generalkommission ist darüber nicht verhandelt worden. Bei der Beratung der Dienstbotenorganisation wurde darüber gesprochen, wie die Presse für diese gestaltet werden solle und bei dieser Gelegenheit bemerkte ich, daß ich es für zweckmäßig hielt, wenn wir uns gelegentlich darüber unterhielten, ob es nicht im Interesse der Gewerkschaften, besonders derer liege, die eine große Zahl Arbeiterinnen als Mitglieder hätten, wenn für die Gewerkschaftspresse eine Beilage herausgegeben würde, in der die Fragen, die von besonderem Interesse für die Arbeiterinnen seien, behandelt würden, um so zu ihrer gewerkschaftlichen Erziehung beizutragen. Ich lasse die Frage hier ganz offen, ob die vielfach von Gewerkschaften abonnierte „Gleichheit“ geeignet ist, unfundierte Arbeiterinnen zu gewerkschaftlichen Kämpfern zu erziehen, weil keine Unterlage zu einer solchen Beurteilung gegeben ist. Jedenfalls liegt die Sache so, daß wir, wenn wir eine solche Einrichtung für zweckdienlich, notwendig und nützlich halten sollten, uns von niemand dazwischenreden lassen und sie durchführen würden. Aber meine Bemerkung kann nicht als ein Projekt der Generalkommission angesehen werden. Im Bericht aber stand, die Generalkommission brüte gemeinsam mit dem Arbeiterinnenrat ein solches Projekt aus. (Geisterzeit.) Von einem solchen gemeinsamen Brutgeschäft (Geisterzeit) war keine Rede.

In der Frage der ausländischen Arbeiter müssen wir protestieren gegen das Vorgehen der preussischen Regierung, die sie ganz zu willenlosen Lohnflüchtlern der Arbeitgeber machen will. Die Legitimationskarten, die der preussische Minister des Innern eingeführt hat, lauten auf einen bestimmten Arbeiter und werden nur umgeschrieben, wenn der Arbeiter einen neuen Arbeitgeber findet. Sonst wird er ausgewiesen, wenn er nicht zu seinem alten Arbeitgeber zurückgeht. (Hört! hört!) Das Verfahren galt ursprünglich nur für die Landarbeiter, aber es greift jetzt mehr und mehr auch in die Industrie über. Das bedeutet für die ausländischen Arbeiter die Aufhebung der Freizügigkeit und spricht aller Kultur Hohn. Der Kongreß wird einmütig in der Beurteilung dieser Rechtswidrigkeit sein. Wir verlangen, daß die ausländischen Arbeitergenossen ebenso behandelt werden, wie die Einheimischen und daß der kulturwidrige, Ekel und seine arbeitserwidrige Praxis sofort beseitigt wird. (Allgemeiner Beifall.) — Damit legt die Generalkommission ihr Mandat in Ihre Hände zurück. Urteilen Sie über unsere Leistungen! Wir glauben, getan zu haben, was in unseren Kräften stand. (Lebhafter Beifall.)

Den Kassenbericht der Generalkommission erstattet Kube-Berlin: Infolge der Zunahme der Gewerkschaftsmitglieder ist der Kassenabschluß günstig. Auch eine Erbschaft von 15 000 Mk. ist von einem Kaufmann Siedel in Düsseldorf der Generalkommission zugefallen. Allerdings sind auch hohe Anforderungen an die Generalkommission gestellt worden, von denen etwa ein Drittel durch Eingabe von 4510 Mk. erfüllt werden konnten. Die hauptsächlichsten Mehrausgaben wurden nach den Beschlüssen des Kölner Gewerkschaftskongresses gemacht für die Untertrichtsurse, die Beschaffung von Lokalen, für die Bekämpfung der Heimarbeit und den Ausbau der Streikstatistik.

Namens der Revisoren bestätigt Cohen-Berlin, daß die Kasse stets in bester Ordnung war.

Den Bericht des Arbeiterinnen-Sekretariats erstattet Ida Altmann-Berlin. Sie führt aus, daß das neugegründete Arbeiterinnensekretariat sich nicht als Frauenvertretung betrachten und nicht eine gewerkschaftliche Frauenbewegung schaffen wolle, sondern sich innerhalb der einheitlichen Gewerkschaftsbewegung nur als besonderes Organ zur Förderung der Agitation unter den arbeitenden Frauen. Die Tätigkeit des Arbeiterinnensekretariats in der Agitation habe bedeutende Erfolge erzielt. Bei den Textilarbeitern sei die Zahl der organisierten Arbeiterinnen von 20 000 auf 46 000 gestiegen, ähnlich liege es bei den Metallarbeitern und Porzellanarbeitern. Ihre zweite Hauptaufgabe hat die Frauensekretärin in der Fortbildung der in der Gewerkschaftsbewegung tätigen Frauen er-

en Be- Kommiss- fenderung haltstark der Kom- s auch im en lassen, üfung der Regierung Lehrer in nominie- en. Die Aufbesse- n von der andpunkte t vorhan- was die schuf eine ng trägt. ene Werk istal beim zialdemo- (Siehe

e, den die chtigt, daß n darüber uch meine ucher Ueber- erung der mit einer lution der möchte ich eigenar- olution zu ein. Das Resolution s tun, es eben. Im die Regie- auf dem Beamten In dieser r des In- hatte ver- Beamten en. Daß t einseitig denen nie a beziehen sion und traktion. men. Mit e eine Bes- tut, was ernenhen, ist und wie g wie vor Gemeinden and. Die einen Ton Ihre Be- werbe für if die Wor- htig. Der ich in der s Elemen- s Besser- in dieser undant ist

vorlagen zu hünische be- mit denen erhalten zu ne Gruppe sigen und, ge machen. mein fun- en Saaren erlenklicher kannt und e — nun, Diese Wesen ist

phalter ge- ausschließlich- männerwelt eine Wirts- men-Nacht-

redete ich zu nen Schuld- efeind“ ge- derhut und arzenladen ce“, die in ganz genau ist ja auch den Kostüm iverwärtig als Stell- Ball ver- falls ver- nnerung oder konse- Weiblich-

osegenellen ene andere nnung der

blid. Die Organisationsfähigkeit der Frauen sei nicht geringer als die der Männer. 1897 haben die organisierten Arbeiterinnen 2 Prozent der Zahl der als Arbeiterinnen erwerbstätigen Frauen betragen, 1907 aber schon 11 Prozent. Gerade die jetzige Zeit der Krise, da vielfach der Mann als besser Bezahler und Widerstandsfähiger auf die Straße geworfen werde, während die Frau in Arbeit bleibe, müsse auch dem männlichen Arbeiter den hohen Wert der Arbeiterinnenorganisation vor Augen führen. Als bestes Mittel dafür empfehle sich die Anstellung von Frauen als Arbeitersekretäre, Frauenversammlungen und einfach geschriebene Flugblätter. (Beifall.)

Mit dem Vorstandsbericht zusammen werden eine größere Zahl von Anträgen verhandelt. Joseph John-Gamburg begründet folgenden Antrag des Vorstandes des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen:

Der 6. deutsche Gewerkschaftskongress weist die Bestrebungen, welche darauf gerichtet sind, zwischen dem Handel, Industrie und Gewerbe beschäftigten Angestellten einerseits und den Arbeitern andererseits Mißtrauen zu erregen und sie zur gegenseitigen Bekämpfung zu veranlassen, entschieden zurück. Der Kongress macht darauf aufmerksam, daß die kaufmännischen und technischen Angestellten gleichermaßen zu den proletarischen Schichten der Bevölkerung gehören wie die Arbeiter und wie diese von ihrer Hände und ihres Kopfes Arbeit leben. Niedrige Entlohnung, lange Arbeitszeit und andere ungünstige Bedingungen sind heute nicht nur für das Arbeitsverhältnis der Arbeiter, sondern auch für den Dienstvertrag der Angestellten charakteristisch. Angestellte und Arbeiter haben also das gleiche Interesse gegenüber dem Unternehmertum zu verteidigen. Ueber diese Tatsache dürfen sie sich weder von den Unternehmern selbst noch durch deren heimliche und offene Diener täuschen lassen, denn das würde lediglich zum Nutzen des Unternehmertums, aber zum Schaden der Arbeiter und Angestellten ausschlagen.

Der Kongress erklärt daher den im Sinne der modernen Gewerkschaftsbewegung gehaltenen Forderungen der kaufmännischen und technischen Angestellten, die eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lebenslage durch gesetzliche und gewerkschaftliche Regelung bezwecken, ausdrücklich seine volle Sympathie. Der Kongress tritt insbesondere den Ausflüchten des Unternehmertums im Handelsgewerbe, daß der geforderte Schutz der Angestellten mit Rücksicht auf die konsumierende Bevölkerung nicht durchzuführen sei, namens der Arbeiterschaft energisch entgegen. Die Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden, die Sonntagsruhe usw., sind Forderungen, auf welche die kaufmännischen Angestellten und Handelsreisende wie alle anderen Gruppen der erwerbstätigen Bevölkerung berechtigten Anspruch haben.

Der Gewerkschaftskongress nimmt an, daß die kaufmännischen und technischen Angestellten die in ihren Kreisen häufig genährten arbeitserfeindlichen Strömungen als ihnen selbst schädigend erkennen und diesen daher entsagen werden. Denn die Erfolge und Mißerfolge der Arbeiterschaft werden nicht ohne Rückwirkung bleiben auf die Lebenslage der Angestellten. Der Gewerkschaftskongress empfiehlt diese Tatsache sowohl den Angestellten als auch den Arbeitern im beiderseitigen Interesse zur Beachtung.

Begründend weist Joseph John auf den Zusammenbruch der Harmonieidee der Angestellten durch den jüngsten Erlaß der bayerischen Metallindustriellen und die Ablehnung der beiden Handlungsgehilfensführer durch den Bundesrat hin.

Kaith-München begründet einen Antrag auf Vereinheitlichung der Organisation der Postarbeiter im bayerischen Reich. Von den Grenzstreitigkeiten zwischen dem Reich und dem Gemeindefacharbeiterverband hätten nur die Christlichen Vorteil gehabt.

Undeutsch bittet für Anhalt um mehr Mittel zur Agitation unter den Landarbeitern. Die Streikbrecherreferate wüßten an der Quelle verstopft werden.

Sillier-Berlin begründet einen Antrag des Verbandes der Lithographen und Steindrucker, bei größeren Aussperrungen, wenn die Generalkommission das finanzielle Eingreifen aller organisierten Arbeiter für notwendig hält, anstelle der Sammellisten eine Kopfsteuer auszusprechen. Er weist darauf hin, daß durch Anlegung eines Zentralstreifonds nach österreichischem Muster viele Aussperrungen von vornherein für die Unternehmer unmöglich würden. Dieser finanziellen Hilfe bedürfen besonders die kleineren Verbände, die sich keinem Industrieverband anschließen könnten.

Spiegel-Düsseldorf begründet Anträge der Metallarbeiter Essens und Dortmunds auf Herausgabe einer politischen Gewerkschaftszeitung. Er teilt mit, daß die Regierungspräsidenten in Arnberg und Münster den Gebrauch der politischen Sprache in öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen entgegen den Versicherungen Bethmann-Hollwegs und des Abg. Wehrens verboten habe. (Hört! Hört!) Hierauf tritt die Mittagspause ein.

## Ueber Christentum und Sozialismus

hielt am Sonntag, 14. ds. Mts., Stadtpfarrer Gen. Pflüger aus Zürich zwei Vorträge in Furzwangen und Gütenbach, um auch in den dunklen Schwarzwald das Licht des Sozialismus zu bringen. Beide Vorträge erfreuten sich eines recht zahlreichen Besuches, trotz des herrlichen Wetters und trotz des Schmähartikels des hiesigen Pfarrhoforgans gegen den Genossen Pflüger, welcher höchstwahrscheinlich aus der bekannten hochwürdigen Feder mit dem Doktorittel kommt und den wir noch besonders behandeln wollen. Männer und Frauen kamen scharenweise in die Versammlungen. In Gütenbach, wo der Vortrag am Nachmittag stattfand, war der dortige Pfarrer ebenfalls eingeladen worden; er hat aber den besseren Teil der Tapferkeit gewährt und mit seinem Schäfflein einen Ausflug nach Simonswald gemacht, damit keines verloren geht. In einem einstündigen Vortrage behandelte Genosse Pflüger das Thema: „Christentum und Sozialismus“ in ausgezeichneter Weise. Er wies auf die Gegensätze in der Lehre des Nazareners einerseits und des heutigen Christentums andererseits überzeugend hin. Jesus, der arme Zimmermannssohn, ist bei den Armen zu Tische gesessen, hat mit ihnen gespeist und sein „Wehe!“ gegen die Reichen und Mächtigen ausgesprochen. Heute aber sehe man im Gegenteil, daß diejenigen, die sich als Nachfolger jenes großen Volksmannes aufspielen, bei den Reichen und Mächtigen an der Tafel sitzen, den Armen und Hungernden aber den Tergel verlesen und dieselben auf ein „besseres Jenfeits“, von dem in der ganzen Bibel im alten Testament kein Wort steht, betreiben. Die Menschen glücklich machen auf Erden, das war des Nazareners Ideal, für das er kämpfte und starb. Mit dem

scheinheiligen Pharisaertum ging er jederzeit scharf ins Gericht und würde er heute leben, so würde er gerade von denjenigen, die ihm den Heiligenschein um das Haupt gemalt haben, am meisten verfolgt werden. Genosse Pflüger schloß mit den Worten: Sorgen und arbeiten Sie dahin, daß der große Kontrast zwischen Armut und Reichtum ausgeglichen wird, dann wandeln Sie in den Fußstapfen des großen Volksmannes Jesu. Nicht mit frommem Palmensingen und scheinheiligem Augenverbrechen kann der notleidenden Menschheit geholfen werden, sondern mit Handanlegen an das große Werk der Organisation und im Anschluß an die große Kulturbewegung des Sozialismus. Damit befolgt man die Lehren des Proletariatssohnes Jesu am besten.

Dies ein kleiner Auszug des großartigen Vortrages, der reichen Beifall erntete. Diskussion fand leider keine statt. Die großen „Gelehrten“ hatten es vorgezogen, sich hinter die „Furtwanger Nachrichten“ zu verziehen und dort in edel herikalischer und ultramontaner Weise den Gen. Pflüger herunterzureißen; derselbe überließ diese Handlungsweise dem Urteil der Versammlung, die mit einem „Pfui!“ antwortete.

In Gütenbach stellte eine dort gegenwärtig zur Kur weilende Frau, eine Berliner Frauenrechtlerin, die Frage an den Referenten, wie es denn komme, daß die Frau in der heutigen Gesellschaft als minderwertiges Glied betrachtet werde? Genosse Pflüger antwortete, daß gerade der Sozialismus die Gleichberechtigung der Geschlechter verlange, während das Christentum die Frau als minderwertig betrachte; namentlich sei es der Apostel Paulus, der größte Gelehrte nach Jesus, gewesen, der die Gleichberechtigung der Frau nicht anerkannte, vielmehr von ihr verlangte, daß sie sich weh und demütig dem Manne zu unterwerfen habe, an welchem Prinzip das Christentum heute noch festhalte. Die Frauen hätten deshalb in der heutigen Gesellschaft nur Pflichten, aber keine Rechte.

Alles in allem, die Vorträge sind als eine außerordentlich gelungene Aktion der Partei zu betrachten. Das Licht, welches die Dunkelheit so sehr hasst, ist auf den Höhen des Schwarzwaldes aufgeflackert und hat manchem geholfen, den richtigen Weg im Denken zu finden.

## Badische Politik.

### Zur Geschäftsfrage des Landtags.

Die zweite Kammer erledigt gegenwärtig die Beamtenfrage. Zur Beratung des Eisenbahnbudgets kann sie vor Donnerstag, den 2. Juli, nicht kommen; die Durchberatung im Plenum wird sich bis Mitte Juli hinausziehen. Der Nachtragsetat zum Finanzgesetz wird wegen der erforderlichen Berücksichtigung des Gehaltsstarfs auch noch einige Zeit auf sich warten lassen; jedenfalls wird die Kommissionsberatung desselben erhebliche Zeit beanspruchen, sodas der Etat erst im August fertig werden kann. Daneben harren wichtige Gesetzesentwürfe und Initiativen der dringenden Erledigung. Wie lange unter diesen Umständen die Verhandlungen der zweiten Kammer noch dauern werden, vermag niemand zu sagen.

### Besichtigung der Rheinregulierungsstraße durch die Kammer.

Einer Einladung des Ministeriums des Innern folgend nahmen die Mitglieder beider Kammern und die Vertreter der Presse gestern Nachmittag eine Besichtigung der badischen Rheinregulierungsstraße vor. Die Abfahrt im Karlsruher Rheinhafen erfolgte mittelst Dampfers „Mannheimia“ (Besitzer Karl Roll, Mannheim) nachmittags 2 Uhr und ging den Rhein abwärts bis gegen Germersheim. Dort wurde gewendet und gegen 4 Uhr die Rückfahrt angetreten. Zwischen Rheinhafen und Hochstetten erfolgte eine Landung, um den Teilnehmern an der Fahrt Gelegenheit zu geben, die Art der Regulierungsarbeiten zur Aufrechterhaltung eines schiffbaren Talwegs in eigener Anschauung kennen zu lernen. Es wurden verschiedene Maschinenverrichtungen, die zur Offenhaltung der Talsohle notwendig sind, vorgekommen und dadurch ein Bild gegeben von der Schwierigkeit aber auch von der Nützlichkeit und Notwendigkeit der auf Grundlage des hiesigen Projekts notwendigen Regulierungsarbeiten. Die Rückkehr in den Karlsruher Rheinhafen erfolgte abends 8 Uhr. An der Fahrt nahmen außer den Mitgliedern der beiden Kammern sämtliche Minister und eine große Anzahl anderer höherer Staatsbeamter teil.

### Petitionen.

Der zweiten Kammer gingen zu: Petitionen 1. der Zentralkommission des Vereins der bad. Gerichtsschreiberbeamten, 2. der Stationsvorsteher und Bureauassistenten aus der Klasse der Eisenbahngewerkschaften und 3. einer Anzahl Bureauvorsteher und Kassierer, den neuen Gehaltsstarf betreffend; eine Petition der Gemeindefachverwaltungen von Mühlhausen, Lehningen, Neuhäuser, Pforzheim u. a., die Erstellung einer Eisenbahn von Weilderstadt nach Pforzheim.

### Zrenfürsorge.

Der der zweiten Kammer zugegangene Gesetzentwurf, betreffend die Zrenfürsorge, bringt neue Bestimmungen über: Voraussetzungen der Unterbringung in Zrenanstalten; Antragsberechtigte; Ärztliches Zeugnis; Statthalterklärung; Unterbringung auf bezirksamtliche Anordnung; Fürsorgliche Unterbringung im Dringlichkeitsverfahren; Unterbringung zur Beobachtung des Geisteszustandes; Entlassung; Einspruch gegen die Zurückhaltung; Entlassung bei Wegfall des Antrages; Unterbringung in Kranken- und Armenanstalten.

### Keine Fabrikinspektion der Malerbetriebe im Großherzogtum Baden.

Der „Vereinsanzeiger“, das Organ der organ. Maler, schreibt: Zu denjenigen Körperschaften der Gewerbeinspektion, die sich des besten Rufes im Deutschen Reich erfreuen, gehört die badische. Die Arbeiter der Maler-, Anstreicher-, Tischler-, Weißbinder- und Lackierergewerbe haben aber nicht die geringste Veranlassung, in dieses Lob einzustimmen. Sie haben viel eher triftigen Grund zur schärfsten Kritik an der vollkommenen Wirkungslosigkeit der Gewerbeaufsicht in ihrem Berufe. Während in den Listen der Fabrikinspektoren 909 Maler-, Anstreicher- und ähnliche Geschäfte geführt werden, wurden bloß zwei dieser Betriebe revidiert und zwar zwei Betriebe, die schon als Groß-

betriebe ohnedies unter die Gewerbeinspektion fielen, wenn auch die Bundesratsverordnung nicht erlassen worden wäre. Diese Tatsache der Revision von 2 unter 909 Betrieben ist aber auch die einzige Feststellung dessen, was die Gewerbeinspektion über unseren Beruf anzuführen für notwendig gehalten hat. Weber über die Bleibergiftung noch über die Verwendung bezw. Verdrängung der Bleifarben, auch nicht über die Durchführung der Bundesratsverordnung findet sich auch nur ein Wort.

Wir können uns daher auch jedes weitere Wort einer Kritik an der badischen Gewerbeinspektion ersparen.

### Die Krise und die Handelskammer.

Die Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden führt in ihren allgemeinen Bemerkungen zum Jahresbericht für 1907 aus: Nach vier Jahren stetiger und außerordentlich gedeihlicher Entwicklung von Handel und Industrie, die im Jahre 1906 zu einer selten erlebten Blüte unseres heimischen Wirtschaftslebens geführt hatte, ist um die Mitte des Jahres 1907 erstmals ein Stillstand in manchen Geschäften und gegen den Herbst zu ein leichtes Abflauen zu bemerken gewesen. Immerhin haben die Symptome des Aufschwunges und starker Anspannung der wirtschaftlichen Kräfte für eine Reihe von Branchen noch bis weit in das Berichtsjahr hinein, für einzelne Zweige unserer gewerblichen Tätigkeit sogar fast bis zum Schlusse des Jahres überwogen. Die außerordentlichen Anforderungen, die in den vorhergehenden Jahren an den Geldmarkt und an den Kredit gestellt waren, hatten ein immer empfindlicheres Mißverhältnis zwischen Kapitalbedarf und verfügbarem Kapital und infolgedessen ständig steigende Zinssätze herbeigeführt. Als dann Anfang Juli 1907 zunächst die Preise für Kupfer und unter dem Einfluß der Konjunktur auf dem Weltmarkt auch die Preise anderer Metalle fielen und im Oktober die schwere amerikanische Finanzkrise noch eine weitere Verschärfung der Ansprüche an den Geldmarkt brachte, kam es auch bei uns im Laufe weniger Wochen zu bisher unerhörten Bankstößen, die zur Reserve und zum Einhalten auf der ganzen Linie nötigten. Die Geldverknappung und Geldknappheit, unter deren Druck die gesamte deutsche Volkswirtschaft das ganze Jahr hindurch stand, hat denn auch dem Berichtsjahre das Hauptgepräge verliehen.

## Gewerkschaftliches.

Forsheim, 22. April. Den hiesigen und auswärtigen Vereinen und Gewerkschaften diene zur Kenntnis, daß vom 1. Juli ab das von uns im April gegründete Ortskartell in Kraft tritt und diesbezügliche Schriften und Einladungen der hiesigen Arbeitervereine direkt an den Kartellvorsitzenden Emil Burkart II zu richten.

Gaggenau, 22. Juni. Viele Klagen hört man in letzter Zeit von der Arbeiterschaft der Süddeutschen Automobilfabrik. Da ist zunächst der Wunsch nach reinem Trinkwasser. Wohl ist ein Brunnen vorhanden, da jedoch die Abdeckung des Brunnenschachtes fehlt, gelangen Staub und sonstige Dinge in das Wasser. Mit Reizigkeit und wenig Kosten wäre hier Hilfe zu schaffen. Die Arbeiter der Fräzerei beklagen sich über das Reinigen des Arbeitsraumes während der Arbeitszeit. Da die Anfeuchtung des Bodens in ungenügender Weise geschieht, entwickelt sich beim Rechen ein Staub, der sich sicher bei einigem guten Willen vermeiden ließe. Besser wäre es, wenn die tägliche Reinigung außerhalb der geordneten Arbeitszeit vorgenommen würde. Dem Meister dieser Abteilung wäre zu empfehlen, seine Arbeiter als Menschen zu betrachten, dann dürfte es auch nicht mehr vorkommen, daß der betr. Herr seine Leute bei jeder Gelegenheit mit „Hindvieh“ usw. tituliert oder jugendliche Arbeiter stößt und schlägt.

Noch einen Wunsch hätten die Arbeiter in Bezug auf den Herrn Direktor. Dieser hat die Angemessenheit, mittags kurz nach 12 Uhr mit seinem Auto durch die Arbeitermassen, die ihren Weg nach Ottenau zu nehmen, mit Eilzuggeschwindigkeit hindurchzurasen. Sprengwagen sind im Murgtal unbekannte Dinge. Der Staub kann sich also frei und ungehindert entwickeln. Durch die Autos werden unbedingte Wolken aufgewirbelt, die Menschen und Tiere minutenlang einhüllen. Die Arbeiter sind nun der Meinung, daß sie in den Arbeitsräumen schon genug Staub schlucken müssen und wünschen, wenigstens mittags auf der Straße, etwas rücksichtsvoller behandelt zu werden. Vielleicht tragen diese Feilen zur Abstellung dieser Zustände bei. Der Arbeiterschaft sei aber auch hier wieder zugerufen: Helft euch selbst, indem ihr euch organisiert!

Zur Krankenkassenwahl in Konstanz schreibt uns ein dortiger Parteigenosse:

Die Krankenkassenwahl ist beendet und zugunsten der Christlichen ausgefallen, was voraussehen war. Vor allem muß ich hier meinen eigenen Kollegen den Vorwurf machen, daß sie sich in der Agitation sehr zurückhaltend verhalten haben. Wenn man die Stimmengahl in Betracht zieht, so ist der Beweis vorhanden, daß nicht einmal unsere eigenen Kollegen alle abgestimmt haben; die Christlichen erhielten nämlich 984 und das Gewerkschaftskartell 707 Stimmen. Somit haben erstere mit einem Mehr von 277 Stimmen gesiegt. Die Agitation der Christlichen war außerordentlich rührig, was ohne weiteres zugestanden werden muß. Der Schlepperdienst derselben nahm einen Umfang an, welcher jeder Beschreibung spottet; hauptsächlich wurden die weiblichen Mitglieder noch im letzten Moment herangezogen.

Es sollte den Gewerkschaften von Konstanz mehr am Herzen liegen, in späteren Zeiten ähnliche Fälle zu vermeiden und sich mehr an wirtschaftlichen und politischen Leben zu beteiligen. „Vorwärts!“ soll doch unsere Losung sein, nicht „rückwärts“. Merkt's euch, Konstanzer!

Wir wollen diese Zuschrift ohne Kommentar wiedergeben. Es ist über die dortigen Parteiverhältnisse schon soviel geschrieben worden, daß wir uns die Mühe sparen können, unsere eigenen Gedanken zuzusetzen.

Aus dem Buchdruckerverbande ausgeschlossen wurde in Hannover der Buchdrucker Gustav Rischmüller. R. war Agent des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, der ja auch ständig in der infamsten Weise gegen den Buchdruckerverband hetzt. Ein Mitglied aber einer Organisation, die den Buchdruckerverband bekämpft, kann nicht Mitglied desselben sein. Der Reichsverband wird natürlich wieder über den Terrorismus des Buchdruckerverbandes herziehen!

Jahr, 23. Juni. Unternehmerterrorismus. 20 Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Pfaff, Steindruckerei in Lahr, sind seit Montag ausgesperrt. (Näherer Bericht folgt.)

Aus der Partei.

Söllingen, 24. Juni. Die Parteigenossen, besonders die auswärtigen, machen wir darauf aufmerksam, daß in folgenden Wirtschaften der „Volkshaus“ sowie die „Junge Garde“ aufgelegt: „Feldschlößchen“, „Grüner Baum“, „Girsch“ und „Strauß“. Unsere Parteiversammlungen finden jeweils am letzten Samstag jeden Monats im „Feldschlößchen“ statt und wird bis auf weiteres bei jeder Versammlung ein Vortrag gehalten werden. In der nächsten Versammlung folgt die Fortsetzung des Vortrags über das Erfurter Programm. Dieselbe findet am Samstag, 27. Juni, statt und bitten wir die Parteigenossen, für recht zahlreichen Besuch Sorge zu tragen.

Genossenschaftsbewegung.

Braun, 16. Juni. Der hiesige Allgemeine Arbeiter-Konsumverein hielt am vergangenen Samstag seine ordentliche Halbjahresversammlung ab. Die Debatten gestalteten sich teilweise sehr lebhaft. Viel Raum nahm der Fall Dinkel in Anspruch. Dinkel hat als früherer Lagerhalter dem Verein und auch denjenigen, die es gut mit ihm meinen, ein wenig erfreuliches Andenken in Form eines Mantels in der Höhe von 4500 Mark hinterlassen, wovon etwa 2000 Mk. gedeckt sein mögen. Verschuldet wurde diese Mißere durch das leichtsinnige Wirtschaften Dinkels einerseits und die allzu große Nachsicht, die von dem Verein andererseits geübt wurde. Sehr lebhaft gestaltete sich die Beratung eines Antrages, der seitens des Aufsichtsrates gestellt war, und dahin zielte, in der Organisation des Vorstandes eine Änderung herbeizuführen, insbesondere die Geschäftsführerstelle mit einer kaufmännisch gebildeten und geübten, erprobten Kraft zu besetzen. Dieser Gedanke wurde schon seit Jahren im Vereinskreise ventiliert. Gewisse Interessenten verhielten es jedoch jeweils, die Lösung dieser Frage hinauszuhalten und zwar mit Mitteln, die man nicht immer als fair bezeichnen konnte. Verdröhnungen von Tatsachen, Aufstellung falscher Behauptungen, in denen das Vorstandsmitglied E. Hemmi stets in seinem „Können“ produziert; das waren die Wehr und Waffen, um die Position der Vorstandsmitglieder zu verteidigen, resp. zu erhalten. Für die Art und Weise, wie Herr Hemmi wiederum dem Antrag des Aufsichtsrates Knippel in den Weg legen wollte, konnte man nur noch ein bedauerliches Lächeln erübrigen; seine Rede war die beste Begründung für den gestellten Antrag, der auch mit einer Mehrheit Annahme fand, die sich Herr Hemmi gewiß nicht träumen ließ. Mit 1. September d. J. soll die Reorganisation der Verwaltung perfekt sein.

Wäge es dem Aufsichtsrat gelingen, diejenigen Kräfte zu finden, die das nötige Zeug in sich vereinigen, den Verein in seinem Entwicklungsgange zum Segen der Mitglieder und der Allgemeinheit zu fördern, wie es die Jetztzeit erfordert. Gelingt dies, dann waren die Kämpfe, die um denselben geführt wurden und manches Opfer erforderten, nicht umsonst gekämpft. Eine Lehre dürften die vorwärtsdrängenden Mitglieder aus den Erfahrungswahlen zu dem Aufsichtsrat gezogen haben. Wie aus bestimmter Quelle zuverlässig mitgeteilt wurde, hatten es die fogen. „grünlich“ und „gelb“ gewerkschaftlich organisierten darauf abgesehen, das Aufsichtsratsmitglied A. Koesch aus dem Aufsichtsrat heraus zu wählen, wegen seiner sozialdemokratischen Gesinnung, obwohl gerade Koesch eines der tüchtigsten Mitglieder war. Der Streich gelang, weil die freiorganisierten Mitglieder in ihrer großen Mehrzahl durch Abwesenheit glänzten. So kam es, daß an Stelle von Koesch ein Herr Helfer gewählt wurde, der in seiner Art, in seinem Tun und Lassen, den Arbeitern faktisch bekannt ist. Aufgabe wird es sein, das nächstmal diese Scharte wieder auszuweichen. Eine Änderung der Statistik in Fragen des Konsumvereins wird nach der jetzt erfolgten Annahme des Antrages des Aufsichtsrates sowie erfolgen und beachtet werden müssen.

Mannheim, 20. Juni. In der schon erwähnten Wirtesversammlung wurde die Gründung einer Genossenschaftsbrauerei beschlossen. Dieselbe soll baldigst errichtet werden. Als Anteilsscheine sind mindestens 300 Mk. zu zeichnen und können Anzahlungen von 20 Mk. pro Woche geleistet werden. In der Versammlung waren vertreten: Wirtes von Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Weinheim, Ludwigshafen, Feudenheim, Neckarau, Sandhofen und Scharhof. Die in Umlauf gesetzten Beteiligungsscheine fanden zahlreiche Unterschriften. Die von den Wirtesvereinen Mannheim und Ludwigshafen bereits eingesetzte Kommission hat die weiteren Schritte eingeleitet.

Soziale Rundschau.

Die Phosphorvergiftung in den ungarischen Zündhölzchen-Fabriken. Der „ungarische Landesverein für gesellschaftliche Arbeiterarbeit“ hat an der Hand einer aus Tatsachenmaterial gestützten Monographie der Phosphorkrise den Krieg erklärt. Dem Autor der Monographie, Dr. Friedrich, ist es gelungen, den Verdacht zu erheben, daß die ungarische Zündhölzchen-Industrie nicht einmal den elementarsten Anforderungen des Arbeiterschutzes entspricht. Im Jahre 1907 waren in Ungarn 15 Zündhölzchen-Fabriken mit 1891 Arbeitern — 688 Männer und 1203 Frauen — vorhanden. 30 Prozent der Arbeiter waren unter 18 Jahre alt. Die Betriebsverhältnisse dieser Industrie trugen folgende Kennzeichen: in engen, schlecht beleuchteten Räumen, deren Fenster geschlossen sind, arbeiten in einer mit giftigen Dämpfen erfüllten Luft die Arbeiter, darunter 9 bis 12jährige Kinder. Waschräume fehlen oder sind höchst mangelhaft — Seife und Handtücher sind nirgends vorrätig. Die Füllmasse, die einen Gehalt von 19 Proz. Phosphor aufweist, wird in Massen bis zu 30 Kilogramm in offenen Kisten gefüllt; der hierbei angestellte Arbeiter rührt diese Gemischung mit einem Holzlöffel um. In einer Fabrik binden die Arbeiter inständig zur Abwehr der Giftdämpfe ihre Taschentücher vor Mund und Nase. In einer anderen Fabrik wird die Erwärmung der Todenkammern mittels offener Koksöfen besorgt; die Arbeiter benutzen vielfach eine Karbolvergiftung zum Mundspülen.

Entsprechend diesen schauerhaften Verhältnissen sind die Gesundheitszustände. Von den insgesamt kontrollierten 495 Arbeitern waren nur 178 im Besitz eines guten Gefüßes; bei 322 fanden sich ausgesprochene Symptome einer Phosphorvergiftung, d. h. 65 Proz. der Untersuchten waren nekrotisch oder schon krank! Wie mangelhaft die Gewerbeinspektion ist, geht schon daraus hervor, daß seit 1900 bloß 48 Fälle von Nekrose an Gewerbeinspektoren gemeldet wurden.

Die Enquete von Dr. Friedrich wirft ein grelles Licht auf die Zustände in der Zündhölzchen-Industrie. Der Schluß, zu dem er kommt, ist: die baldigste Einführung des absoluten Phosphorverbots im Anschluß an die Berner Konvention.

Badische Chronik.

Ettlingen.

23. Juni.

— Zur Bürgermeister-Affäre. In der gestrigen Sitzung des Bürgerausschusses, in welcher speziell darüber beraten wurde, ob der zurückgetretene Bürgermeister Häfner in Strafe genommen werden solle, kam man, wie bereits gestern von uns gemeldet, zu dem einstimmigen Resultat, daß die von Herrn Häfner angeführten Gründe ausreichend wären, um die Amtsniederlegung zu rechtfertigen. Die Beratung eines von 26 Ausschußmitgliedern unterschriebenen Antrages, welcher dahin ging, Herrn Häfner ein Vertrauensvotum auszusprechen, wurde durch den Gemeinderat bereitwillig, da er die Befragung desselben nicht aufleiste. Der Gemeinderat nahm den Standpunkt ein, daß er vorderhand nur bedaure, daß Häfner aussteige und seine Ansicht erst nach Erledigung des Privatprozesses, welchen Häfner gegen den „Courier“ angestrengt hat, präzisieren könne.

Diese sich selbst widerprechende Erklärung hat zwar in Anbetracht dessen, daß die Herren Gemeinderäte dem Bürgermeister unter innigem Händedruck persönlich ihr tiefstes Bedauern und auch noch andere aussprachen, etwas Ueberrassung gebracht, aber sie entspricht vollkommen der Qualität des Gemeinderats. Diesen geht übrigens der Zivilprozeß des Herrn Häfner gar nichts an, er hat lediglich über die Amtstätigkeit desselben zu richten. Getadelt wird er dieselbe nicht, im Gegenteil, aber durch die Ablehnung des Antrages der Ausschußmitglieder ist das gependete Lob zweideutig.

Im Bürgerausschuß dürfte etwas mehr Intelligenz am Platze sein. Es ist ja geradezu erbarmungswürdig, wenn sich ein Gemeindevorsteher darüber beklagt, weil der Gemeinderat nicht, wie bisher üblich, die ganze Speise vorgekaut hat, damit man sie bloß noch zu schlucken braucht. Wir meinen, daß etwas mehr selbständiges Denken und Initiative des Ausschusses hier sehr am Platze wäre. Der gleiche Redner, Herr Lehrer Dorer, exemplifizierte auch auf den Kampf, den Herr Häfner vor Jahren als Redakteur mit dem hiesigen Stadtpfarrer ausfocht, weil er sich von diesem in der Redaktionsführung keine Vorschriften machen ließ. Herr Dorer will durch die damalige Zeitungspolemik in der Schule Schwierigkeiten gehabt haben. Wir glauben aber, daß die Erörterung von Zeitungskämpfen nicht zum Lehrplan des Herrn Dorer gehört; er hat mit seiner Rede gezeigt, daß es noch wirklich fromme, auf Gottes Mühe vertrauende, ihm — selbstverständlich — demütig unterwürfige Nationalliberale gibt.

Den Vogel schloß der nationalliberale Wortführer, Herr Raab, ab, welcher von einem Vertrauensvotum gegenüber dem bisherigen Bürgermeister deswegen Abstand genommen haben wollte, weil er eine ministerielle Entscheidung auf Grund einer ihm ungetragenen Nachricht erwartete und der Bürgerausschuß sich mit der Ministerialansicht doch nicht in Widerspruch setzen könne. Sie spotten ihrer selbst und wissen nicht wie.

Bei dieser Sitzung haben wir uns auch überzeugt, daß der namentliche Abstimmungsmodus ein vorzügliches Mittel ist, eingeschlossene Gemeindevorsteher mit Hilfe des Nachbarn wieder zum Leben zu erwecken. Wir haben bemerkt, daß ein solcher erst nach einem kräftigen Rippenstoß seines Nachbarn sein edles Haupt aus der Tiefe erhob und ohne weiteres ein verständliches „Ja“ abgab — jedenfalls aus Gewohnheit — ohne zu wissen, für was er stimmte.

Die Ettlinger Realschule begehrt am 29. bis 30. Juli d. J. die Feier ihres hundertjährigen Bestehens. Hundert Jahre werden bis zum 22. Dezember d. J. seit Gründung der Ettlinger Realschule, die damals allerdings in anderer Gestalt ins Leben trat, verfließen sein. Die hiesige Realschule (jetzt mit Realprogymnasium) gehört somit zu den ältesten Mittelschulen des Landes, sie ist gleichaltrig mit dem Gymnasium in Rastatt. Die Jahrhundertfeier wurde in diese bessere Jahreszeit und nicht auf den Gedenktag selbst, in die rauhe Winterzeit, gelegt, um möglichst viele die Beteiligung zu erleichtern. Sie soll als einfaches Schuljubiläum begangen werden mit einem bescheidenen Feste.

Die eigentliche Festfeier findet am Donnerstag, 30. Juli, statt. Vormittags 10 Uhr: Festakt in der Festhalle unter Mitwirkung ehemaliger Schüler; nachmittags 1/2 Uhr: Festessen im „Girsch“; nachmittags 3 Uhr: Schülerfest im Walde an der Heidequelle (bei ungünstiger Witterung in der Festhalle) mit Turnspielen.

— Von der Knochenmühle — der Altbahn. Am vergangenen Samstag berichteten wir über den Unfall des Landwirts R. beim Schleinhoferischen Uebergang und heute kommt die Kunde, daß gestern Nachmittag an der gleichen Stelle ein Kind mit knapper Not dem Tode entging. Der Führer konnte den Zug noch rechtzeitig zum Stehen zu bringen.

Man kann sagen: Die Gebuld der Aufsichtsbehörde und des Publikums ist ebenso groß, als die Profitlust der Aktionäre der Altbahn rücksichtslos ist. Wir sind neugierig, ob endlich einmal an den betr. Uebergang eine Barriere kommt oder nicht.

Rastatt.

23. Juni.

— Der „Arbeiter-Radsportverein“ feierte am Samstag, 14. Juni, sein Stiftungsfest unter Mitwirkung des Arbeitergesangsvereins und der „Freien Turnerschaft“. Der Garten der Brauerei Franz war bis auf den letzten Platz besetzt. Es wurde wirklich auch Schönes geboten. Fünf Mann des Bundes Rastatt führten im Saale einen Reigen auf, welcher alle Erwartungen übertraf. Wirklich Großartiges leisteten jedoch die Karlsruher Genossen auf ihren Rädern. Solche Leistungen dürften hier noch nicht gesehen worden sein. Reicher Beifall lohnte beide Gruppen für ihre Mühe. Der Arbeitergesang sowie die „Freie Turnerschaft“ leisteten ihr Möglichstes. Kurzum, das Fest nahm einen glänzenden Verlauf.

Mit Freuden können wir konstatieren, daß auch hier die moderne Arbeiterbewegung stetig Fortschritte macht. Auch die Arbeiter verstehen es, Feste zu arrangieren und zu feiern. Es könnte aber noch besser sein, wenn eine organisierte Arbeiter der bürgerlichen Vereinen den Rücken lehnen und sich den freien Vereinen anschließen würden. Die Genossen und Kollegen mögen dieses beherzigen und danach handeln.

Baden-Baden.

23. Juni.

— An die Arbeiter-Sänger von Baden-Baden. Es ist eine schöne Sache um die Kunst des Gesangs und auch die Arbeiter sollen ihr Teil dazu beitragen, diese Kunst nach Möglichkeit zu fördern. Es ist daher erfreulich, daß in der Arbeiterkassen in jüngster Zeit der Gesang in den Vereinen mehr und mehr gepflegt wird, bedauerlich jedoch, daß sich die Arbeiter noch sehr oft den bürgerlichen Gesangsvereinen anschließen, in denen sie oft nur eine untergeordnete Rolle spielen, da es ja, wie es allgemein heißt, nur — Arbeiter sind. Diese Erscheinung tritt auch hier zutage. So besteht hier der bürgerliche Gesangsverein „Hohenbaden“, der in Bezug auf seine gesanglichen Leistungen einen guten Ruf genießt und der auch beim jüngsten Gesangsweitspiel in Karlsruhe einen Preis geholt hat. Diefem Verein gehören auch eine ganze Anzahl Arbeiter — sogar organisierte — an. Diese sollten sich doch überlegen, ob sie noch länger sich als Staffage bei hurrapatriotischen Festlichkeiten gebrauchen lassen wollen.

Es besteht hier noch der freie Arbeitergesangsverein „Frisch auf“, der bedeutend mehr leisten könnte, wenn ihm alle sangeskundigen und sangesfrohen Arbeiter angehören würden. Es ist eine faule Ausrede, wenn man sagt, der Gesangsverein „Frisch auf“ leistet nichts, trete ein in denselben, dann wird derselbe groß und stark und ist auch in der Lage, etwas gutes zu bieten. Allerdings fängt derselbe nicht um Ehre, Ruhm und blindefolgende Pöbele, sondern nur des Gesanges und des Liedes wegen und um der Sache der modernen Arbeiterbewegung zu dienen. Gesangsproben finden jeden Donnerstag Abend 9 Uhr im „Straußglöckle“ statt. Neue Sänger sind jederzeit willkommen.

Offenburg.

23. Juni.

— Hinter Kasernenmauern. Auf die vor einiger Zeit im „Volkshaus“ veröffentlichten Drangsalierungen der Soldaten der 5. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 170, wurde eine Untersuchung eingeleitet. Der Major ließ die ganze Kompanie antreten, verlas den Artikel im „Volkshaus“ und forderte die Soldaten auf, sich über eventuelle Mißhandlungen zu beschweren. Der Major sagte wörtlich: „Wenn ihr zu eurem Hauptmann kein Vertrauen habt, so wendet euch an mich!“ Daraufhin haben einige Soldaten von diesem guten Ratsgebrauch gemacht. Dabei wurde ihnen der Vorwurf gemacht, daß sie den vorgeschriebenen Beschwerdeweg nicht einhielten. Was die Untersuchung ergeben hat, ist uns nicht bekannt, aber es muß doch etwas Wahres an den Behauptungen unserer Gewährsleute sein, denn, wie wir erfahren haben, wurde Sergeant Farr zu 5 Tagen und Sergeant Marx zu 17 Tagen Arrest verurteilt. Die Soldaten Rötlich und Deibel sollen dagegen wegen Meuterei in Untersuchungshaft genommen sein.

Zu unserer Verungung können wir aber konstatieren, daß die Verhältnisse in besagter Kompanie bessere geworden sind. Der damalige „Volkshaus“-Artikel hat also seinen Zweck erfüllt, denn Drangsalierungen der Soldaten gehen gewöhnlich von den unteren Chargen aus; die oberen Militärbehörden sind zweifellos bemüht, etwaige Mißstände in der Behandlung der Soldaten abzustellen.

Söllingen i. B., 23. Juni. Bei dem Verputzen eines Hauses stürzte der Gipsermeister Gläser, nachdem er plötzlich einen markerschütternden Schrei ausstieß, von einem sechs Meter hohen Gerüste auf die Straße und erlitt durch den Sturz einen starken Schädelbruch, der nach wenigen Stunden den Tod des Verunglückten zur Folge hatte.

Mosbach, 23. Juni. Infolge Mißschlag wurden in Werbach 9 Scheuern vollständig eingestürzt.

Aus dem Geschäftsbericht des Karlsruher Arbeiter-Sekretariats.

III.

Abgesehen von dem Mangel eines genügenden Schutzes der Arbeiter gegen die Betriebsgefahren zeigen sich in der Handhabung des Unfallversicherungsgesetzes eine Menge schwerer Fehler.

Solche Fehler werden oft gleich bei Eintritt eines Unfalles gemacht. Der § 63 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes und der § 70 des Unfallversicherungsgesetzes für die Landwirtschaft schreiben vor, daß „von jedem in einem versicherten Betriebe vorkommenden Unfälle, durch welchen eine in demselben beschäftigte Person getötet wird oder eine Körperverletzung erleidet, welche eine völlige oder teilweise Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen oder den Tod zur Folge hat, von dem Betriebsunternehmer bei der Ortspolizeibehörde und dem Genossenschaftsorgan Anzeige zu erstatten ist. Dagegen wird recht häufig, insbesondere bei kleinen Unfällen, die eine nur kurze Arbeitsunfähigkeit im Gefolge haben, gefündigt. Noch mehr fündigt die Versicherten selber bei jenen kleinen Unfällen, die eine Unterbrechung der Arbeit nicht nach sich ziehen, aber doch häufig schlimme Folgen zeitigen. Eine dann nach Jahr und Tag erst erfolgende Unfallanzeige hat gegenüber der sofortigen Anzeige den Nachteil, daß die Untersuchung und Feststellung außerordentlich erschwert, wo nicht unmöglich gemacht wird, womit der Anspruch des Unfallverletzten häufig in Frage gestellt ist. Der Bericht gibt da ganz interessante Beispiele und Einzelfälle bekannt und ist das Studium des Berichtes den Arbeitern dringend zu empfehlen. Es ist auch ein Fall besprochen, der die Notwendigkeit der Beachtung auch der unscheinbaren Verletzungen darlegt, bescheiden auch einige Fälle über die Festsetzung des Jahresarbeitsverdienstes auch bei Selbstversicherten und über die Anwendung des § 10, Abs. 3 G.U.V.G. usw.

Eingehend ist auch das Bestreben der Berufs-genossenschaften, die Renten entweder ganz einzustellen oder wenigstens zu kürzen, an der Hand einer Anzahl Beispiele behandelt. Renten von 20, 15 oder 10 Prozent haben keine wirtschaftliche Bedeutung, sind lediglich „Schnapsrenten“, das kann man häufig von den Herren Vertretern der Berufs-genossenschaften hören. Als ob es für den Gauschalt eines Arbeiters gar nichts zu bedeuten hätte, ob das Einkommen um hundert und etliche Mark höher oder niedriger ist. In einer Reihe von Fällen ist es durch die Hilfe des Arbeitersekretariats gelungen, den Kampf um die Rente mit Erfolg für die Verletzten zu führen und die ihnen von der Berufs-genossenschaft entzogene Rente durch die Berufung an das Schiedsgericht zu erhalten. Dabei lassen die Berufs-genossenschaften die Gutachten der Ärzte völlig außer acht, sie distanzieren die Renten einfach weg und wenn der Unfallverletzte

in Unkenntnis seiner Rechte sich das gefallen läßt, wird die Rente „gespart“, wenn dabei auch der Verletzte samt seiner Familie am Hungertuch nagen muß. Mit wie wenig Berechtigung die Berufsgenossenschaften in dieser Beziehung manchmal vorgehen, dafür sind einige drastische Beispiele aus der Praxis angeführt, die zeigen, daß die Unfallverletzten allen Grund haben, sich bei den Bescheiden der Berufsgenossenschaften nicht zu beruhigen, da sie oft im Gegensatz stehen zu den ärztlichen Gutachten. Sie zeigen auch, wie wenig Anspruch auf Unfehlbarkeit die ärztlichen Gutachter erheben können und wie notwendig es im Interesse der Verletzten ist, die Gutachten der Ärzte mit aller Vorsicht aufzunehmen.

Zu diesem Kapitel über Unfallversicherung wollen wir noch einige Zahlen wiedergeben aus den neuesten Veröffentlichungen des Reichsversicherungsamtes in Bezug auf die Unfallversicherung. Danach ist die Summe der im Jahre 1907 gezahlten Entschädigungen, Renten usw. auf 151 Millionen Mark angewachsen, während sie 1906 142,9 Millionen Mark betrug. Im Bezug von Unfallentschädigungen sind 1 124 874 Personen. Auf den Kopf der Teilnehmer entfiel 1907 eine Durchschnittssumme von 134 Mk. gegen 131 Mk. im Jahre 1906. Mitin hat eine kleine Erhöhung der Durchschnittssumme stattgefunden. Und dies trotz des Bestrebens der Berufsgenossenschaften, die Renten zu kürzen und zu entziehen. Es ist also auch 1907 nicht nur eine Vermehrung der Zahl der Opfer auf dem Schlachtfeld der Arbeit, sondern auch in den Folgen der Verletzungen eine Verschlimmerung zu konstatieren.

### Aus der Residenz.

\* Karlsruhe, 24. Juni.

#### Wahmann - 8 Monate Gefängnis.

Der frühere Anwaltschreiber und jetzige Rezitator Karl Wahmann aus Berlin, wohnhaft in Karlsruhe, stand gestern vor dem Schöffengericht wegen Beleidigung des Fräulein Olga Molitor, der bekannten Feigin aus dem Gau-Prozesse. Wahmann war beschuldigt, in einem von ihm in der ersten Septemberwoche in Ettlingen gehaltenen Vortrage unter anderem ausgeführt zu haben: „Fräulein Olga Molitor ist die Mörderin ihrer Mutter und Gau nur der Mitwisser. Fräulein Olga Molitor hat zu einer angesehenen Dame in Karlsruhe schon vor dem Morde die Aeußerung getan, wenn sie mit Gau durchbrennen wolle, müßte zuerst ihre Mutter bei Seite geschafft werden. Olga Molitor hat also in der Schwurgerichtssitzung einen Meineid geschworen und hätte deswegen schon längst verhaftet werden müssen.“

In seinem Vortrag in Ettlingen forderte der Angeklagte Fräulein Molitor auch auf, ihn zu verklagen, damit er den Beweis für seine Behauptungen auch erbringen könne.

Das Verlangen Wahmanns wurde auch erfüllt. Es war zuerst gegen ihn ein amtliches Verfahren eingeleitet gewesen. Dasselbe wurde aber mit Rücksicht darauf, daß ein öffentliches Interesse für die Durchführung einer Anklage nicht vorliege, eingestellt und daraufhin von dem Vertreter des Fräulein Molitor, Rechtsanwalt v. Bannwitz in München, eine Privatklage gegen Wahmann erhoben.

In der heutigen Verhandlung war der Angeklagte nicht imstande, irgend einen Beweis für seine in dem Vortrage erhobenen Beschuldigungen zu erbringen. Er erklärte, sich in seinen Ausführungen auf die Leinwand Broschüre und auf Aeußerungen einer Frau Reichmüller gestützt zu haben, aus denen er die Ueberzeugung gewonnen, daß das, was er ausgeführt, zutreffend gewesen sei.

In der Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß Wahmann, nachdem er zuerst seine Behauptung aufrecht erhalten, später de- und wehmütig Abbitte leistete und einen Vergleich einging, den er später telegraphisch ablehnte. Das Gericht gelangte nach dem Verhandlungsergebnis zu einer Verurteilung des Angeklagten. Das Urteil lautete auf 8 Monate Gefängnis!

Die ausgesprochene Strafe ist wieder ungewöhnlich hoch. Gemäß sind die Beleidigungen schwere, aber die Karlsruher Bevölkerung mißt den Reden und Schriften Wahmanns wirklich keine welterschütternde Bedeutung bei. Die Klage durfte nicht angestrengt werden.

#### Die Säuglingssterblichkeit, deren Ursachen und Bekämpfung im Lichte der Statistik

behandelte gestern Abend im Arbeiterdiskussionsklub Herr Oberregierungsrat Dr. Lange in einem sehr interessanten und lehrreichen Vortrag. Hedner ist Direktor des statistischen Landesamtes und konnte deshalb an Hand von reichlichem statistischen Material seinem Vortrage eine rechnerisch wertvolle Grundlage geben. Die Sterblichkeit der Säuglinge ist eng verbunden mit der wirtschaftlichen Lage der Eltern. Das sieht man deutlich an den Ziffern über die Mortalität der unehelichen Kinder. Während im Jahre 1906 in Deutschland von lebendgeborenen ehelichen Kindern unter einem Jahre 17,5 gestorben sind, sind es 29,4 uneheliche Kinder, die von 100 Lebendgeborenen im ersten Jahre den Tod fanden. Diese erschreckliche Todesziffer resultiert daher, daß die uneheliche Mutter sich infolge ihrer wirtschaftlichen Lage um ihr Kind nicht kümmern kann und es fremden Händen überlassen muß. Aber auch sonst sind die Proletariatskinder in der Mortalitätsziffer bedeutend im Nachteil gegenüber den Kindern reicher Leute. Eine Statistik der Kindersterblichkeit in den besseren Vierteln der Stadt Karlsruhe beweist das gegenüber den Stadtteilen, wo die Arbeiter wohnen. Schlechte soziale Verhältnisse der Eltern, mangelhafte, ungenügende Wohnungen, fehlende hygienische Aufklärung usw., das sind die Ursachen, denen heute jährlich tausende und tausende von Kinderleichen geopfert werden.

In Baden sind die Verhältnisse schlimmer als im übrigen Deutschland. Im Jahre 1906 entfielen auf 100 lebendgeborene Säuglinge 18,5 Prozent, welche im ersten Lebensjahr gestorben sind, während Baden mit 19,3 Prozent figuriert und die Stadt Karlsruhe mit 20,2 Prozent.

Eine große Rolle in der Sterblichkeit der Säuglinge bildet die Ernährungsweise. Die natürliche Ernährung ist die Mutterbrust, die durch nichts ersetzt werden kann. Die Nahrung der künstlichen Ernährung sollte mit allen staatlichen und privaten Mitteln verdrängt werden, umso mehr, als bei uns in Baden seit 1873 ein ständiger Rückgang der gestillten Neugeborenen zu verzeichnen ist. Während im Jahre 1873—1880 noch 78,2 von 100 lebendgeborenen Kindern gestillt wurden, sind

es im Jahre 1901—1906 noch 76,9 Prozent. Das ist bedauerlich. Von Berlin sagt uns die Statistik, daß von je 100 Säuglingen unter 1 Jahr die Sterblichkeitsverhältnisse folgende sind:

Ernährt mit	Es starben
nur Brustmilch . . . . .	6,07 = 1
Brust- und Tiermilch . . . . .	18,72 = 3,1
nur Tiermilch . . . . .	27,04 = 4,5
Eutrogaten und anderer Nahrung . . . . .	33,15 = 5,5
im ganzen . . . . .	25,20 =
davon gestillt . . . . .	7,27 = 1
nicht gestillt . . . . .	28,01 = 3,85

Es starben also viermal so viel künstlich genährte als natürlich gestillte Kinder. Das spricht eine deutliche Sprache.

Viele beziehen sich auf die Darwin'sche Theorie, daß durch das Aussterben der künstlich Ernährten eine natürliche Auslese und Kräftigung der Masse erfolge. Das ist aber nicht richtig. Ein gesundes, kräftiges Geschlecht wird nur durch die natürliche Ernährung, wie sie die Mutterbrust bietet, erzogen. 85—90 Prozent der Mütter können ihre Kinder stillen, wenn sie wollen. Als Ursachen des mangelnden Stillvermögens sind anzusehen: Krankheit, krankhafte Schwäche oder Unvermögen der Mutter. Oft spielen aber auch gesellschaftliche Rücksichten, Eitelkeit und Vequemlichkeit der Mutter, unfinnige Kleider und Modetrachten und — last not least — das Korsett eine Rolle. Auch im späteren Lebensalter sind die Menschen, die natürlich ernährt wurden, in Bezug auf geistige und körperliche Entwicklung den künstlich aufgezogenen gegenüber weit voraus. Die Statistik der zum Militär ausgehobenen Mannschaften sagt uns: Je länger gestillt, desto kräftiger der Körper, größer das Körpergewicht und Brustumfang und desto geringer die Zahnverderbnis und die rachitischen Entwicklungshörungen der Zähne. Genau nach der Dauer der Mutterstillung sind die Prozentziffer der Militärtauglichkeit.

Als Vorschläge zur Besserung müssen folgende Forderungen aufgestellt werden: Rechtzeitige Belehrung der Mütter vor und nach der Geburt, Einführung rationaler Unterrichtskurse in den Lehrerinnenseminaren und den höheren Klassen der Töchterschulen, Gewährung von Stillprämien an die Mütter und unentgeltliche Verabreichung kräftiger Nahrung an unbemittelte Mütter, Errichtung von Säuglingskassen und Stillheimen auch auf dem Lande, Verabreichung einwandfreier Säuglingsmilch unter ärztlicher Kontrolle, strenge Beaufsichtigung der Heilbinder und die Mutterschaftsversicherung. Besonders muß für unsere 180 000 unehelichen Kinder, die jährlich in Deutschland geboren werden, in ausgiebigem Maße gesorgt werden. Regierung und Interessentenverbände müssen zusammenarbeiten, um den nordischen Staaten (Dänemark, Schweden und Norwegen), wo die Säuglingssterblichkeit durch kluge gesetzliche Maßnahmen auf das geringste Minimum herabgerückt wurde, nachzukommen.

### Achtung!

#### Erwerbt das badische Staatsbürgerrecht.

Der sozialdemokratische Verein Karlsruhe hat die nachfolgenden Auskunftsstellen errichtet, wofolbst sich alle jene melden können, die das badische Staatsbürgerrecht erwerben wollen:

- Südstadt: „Volkshaus“, Luisenstr. 24;
- Südweststadt: Arbeitersekretär Willi, Kurvenstr. 19;
- Weststadt: Wiltner, Poststr. 20;
- Mühlburg: Nidor Maier, Glimmerstr. 16;
- Mittstadt: L. Nidert, Marktgrafenstr. 26;
- Oststadt: A. Abele, Dequensfeldstr. 3.
- Rinkheim: Friedrich Wörner, Ernststraße 43.

Sprechstunden bei allen Auskunftsstellen: **Vertags** von 6—8 Uhr abends; **Sonntags** von 9—11 Uhr vorm.

Wir eruchen dringend, sich die Wahlberechtigung zu den nächstjährigen Landtagswahlen zu sichern. Alle weitere Auskunft wird von den in Frage kommenden Genossen gerne erteilt.

\* Johannistier. Mittwoch den 24. ds. Mts., abends 8 Uhr, findet im Stadgarten zur Feier des Johannistages großes Doppelfest der vollständigen Kapellen des 1. Badischen Leibregiments Nr. 100 und des 1. Badischen Leibregiments Nr. 20 statt. Bei einbrechender Dunkelheit wird, wie alljährlich, inmitten des Stadgartensees ein Johannistag abgebrannt. Außerdem wird die vom Sängerbundesfest herübergehende Festbeleuchtung in Tätigkeit gesetzt werden. Die Eintrittspreise betragen, wie gewöhnlich, für Abonnenten 30 Pf., für Nichtabonnenten 50 Pf., für Soldaten und Kinder je die Hälfte. Die Musik-Abonnementskarten bleiben in Geltung. Außer dem neuen Stadgarteneingang (rechts vom Hauptportal der Festhalle) ist auch der alte Stadgarteneingang (links vom Festhalleportal) geöffnet. Bei ungünstiger Witterung wird die Veranstaltung auf Donnerstag den 25. ds. Mts., abends 8 Uhr, verschoben. Das Belegen von Tischen und Stühlen ist nur mit Zustimmung der Stadgartenkommission gestattet. Belegte Tische müssen schon um halb 8 Uhr besetzt sein, andernfalls sie freigegeben werden.

\* Zirkus Sarrafani. Wenn wir beim hellen Vogenlicht die verschiedenen zwei- und vierbeinigen Künstler bei der Ausführung ihrer Tricks und Kunststücke bewundern, haben wir zumeist keine blasse Ahnung davon, wach immense Fülle von Arbeit, Energie und Fleiß angewandt werden muß, ehe das Ziel, das uns so entzückt, so verblüfft, erreicht wurde. Am Abend macht das Pferd mit einer Leichtigkeit seine Verbeugungen, seine Sprünge, wie wenn alle diese Dinge Fähigkeiten wären, die es mit auf die Welt bringt. Und wie lange, mit wach unerschöpflicher Geduld muß es gebrüllt werden, bis es überhaupt begreift, was man von ihm will! Der zweibeinige Artist hat es nicht um ein Jota leichter. Der Saltomortale, der Handstand, sehen beide so selbstverständlich aus, daß so mancher sich versucht fühlt, sie ohne weiteres nachzumachen. Aber wie lange muß man üben, und wie frühzeitig muß man schon mit den Exerzitien anfangen! Die meisten Artisten werden schon von Kindesbeinen an für ihren schweren Beruf eingedrillt. Im Zirkus gilt mehr als wie wo anders der Spruch: Was Hanschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.

Heute finden zwei Vorstellungen mit ausgewähltem Programm, beginnend nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr, statt, und verhehlen wir nicht, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß in den Nachmittagsvorstellungen ein vollständig ungekürztes Abendprogramm zur Aufführung kommt.

\* Kaiserpanorama. Es ist nicht uninteressant, auch einmal

einen Blick nach Südamerika zu werfen, um so mehr, als in dem schönen Lande Brasilien, von welchem uns das Kaiserpanorama in dieser Woche ein schönes Stück zeigt, hunderte deutscher Familien seit langen Jahren als Kolonisten anwesend sind. Interessant ist vor allem die Hauptstadt Rio de Janeiro, die ganz das Gepräge einer modernen Großstadt mit modernen Verkehrsmitteln (elektrische Straßenbahn) trägt. Weiter beschäftigen wir die Hauptsehenswürdigkeiten von Santos, Sao Paulo, San Fransisko do Sul, Joinville u. a.; sodann hochinteressante Fluß- und Urwald-Generien, einen Riesen-Kattus auf wilden Campo- und Zitronen-Sträuchern in der Ernte. Dieses neue, reichhaltige Programm ist wirklich sehr sehenswert und kann daher der Besuch des Kaiserpanoramas nur bestens empfohlen werden.

### Neues vom Tage.

Neustadt a. d. S., 23. Juni. Das pfälzische Schwurgericht beurteilte den Schuhmacher August Berg in Kaiserslautern, der seine Geliebte, ein 16 Jahre altes Mädchen, als sie das Verhältnis mit ihm lösen wollte, durch zwei Revolvergeschüsse zu töten versucht hat, zu 9 Monaten Gefängnis.

Geisshausen, 23. Juni. Beim Spielen am Rhein erlitt das 5jährige Töchterchen des Polizeibeamten Kreis. Während es am Ufer im Sand spielte wurde es von der Sturzwelle eines vorüberfahrenden Dampfers erfasst und in den Strom gerissen.

Neustadt, 23. Juni. Ein furchtbares Unwetter, verbunden mit Wolkbruch und starkem Hagelschlag, hat in der Stadt großen Schaden angerichtet und diese teilweise unter Wasser gesetzt. Militär wurde zur Hilfeleistung herangezogen. In Marmaros-Bühel wurde die elektrische Leitung durch Blitzschlag zerstört, so daß die Stadt in Dunkel gehüllt war.

Salzburg, 22. Juni. Todessturz. Der Buchbinder Coserer stürzte über die 80 Meter hohe Nordwand des Kapuzinerberges ab und fiel als Leiche in den darunter befindlichen Gassen unter die Gasse.

Wien, 23. Juni. Heute Nacht war der Bezirk Favoriten der Schauplatz einer entsetzlichen Muttat. Ein von seiner Frau geschiedener Mann hat einem Mädchen, mit dem er zusammenlebte, mit einem Rasiermesser den Hals durchgeschnitten, das aus dem Verhältnis entsprungene Kind getötet und sich dann selbst mit dem Messer lebensgefährliche Verletzungen beigebracht. Das Motiv der Tat ist noch nicht aufgeklärt.

Wien, 24. Juni. Aus Innsbruck wird gemeldet, die Feuerwehr arbeitet noch immer an der Räumung der rauchenden Trümmer von Zirl, um nach Vermissten zu suchen. Viele Einwohner erlitten schwere Brandwunden bei der Rettung alter Leute und Kinder. Heute findet das Leichenbegängnis der bisher aufgefundenen 6 Opfer der Katastrophe statt.

### Der Wert der Arbeitersekretariate.

Das Arbeitersekretariat zu Bernburg in Anhalt hat einen schönen Erfolg zu verzeichnen. Im vorigen Jahre fand in der Nähe von Wittenberg ein Eisenbahnunglück statt, wofolbst ein Bernburger junger Mann verunglückte. Neben leichteren Verletzungen und dem Verlust seiner Erbsparnisse und Beschädigungen seiner Kleider trug er auch eine Schädelverletzung davon, welche ihn zum Arbeiten im Büden usw. untauglich machte. Nach abgeschlossenem Heilverfahren erklärte ihn der behandelnde Arzt, nachdem er ihn freitags noch für krank gefunden, am Sonntag darauf für vollständig gesund und erwerbsfähig. Auf Grund dieses Gutachtens bot ihm der Fiskus als Entschädigung für den Verlust an Geld und Arbeitszeit die Summe von 100 Mk. In diesem Stadium kam der Verletzte auf das Sekretariat, um sich Rat zu holen. Er war bereit, auf die angebotene Abfindung einzugehen, obwohl er erklärte, noch immer Kopfschmerzen zu haben. Es wurde ihm jedoch geraten, auf dieses Angebot nicht einzugehen, sondern zunächst einmal ein Gutachten eines anderen Arztes einzuholen. Dieses Gutachten konstatierte denn auch eine Schädelverletzung und setzte die Erwerbsunfähigkeit auf 50 Prozent fest.

Daraufhin wurde die Klage auf Schadenersatz beim Landgericht zu Leipzig eingereicht. Die Beweiserhebung drehte sich darum, ob die Schädelverletzung, von der der behandelnde Arzt kein Wort sagt, auch keine gefunden haben will, durch den Unfall hervorgerufen, und auch herborgerufen werden konnte, oder ob sich der Verletzte diese nicht nach dem Unfall bei einer andern Gelegenheit zugezogen haben konnte. Wie man sieht, ist kein Mittel unversucht geblieben, um dem Verletzten seine Entschädigung zahlen zu brauchen. Obwohl dem Kläger ein Rechtsanwalt zur Seite stand, hatte das Sekretariat alle Schritte in der Beweiserhebung getan und die diesbezüglichen Schriftsätze angefertigt. In dem am 13. Mai stattgehabten Termin hat nun das Landgericht zu Leipzig dem Verletzten die Summe von 45 000 Mark als Schadenersatz zugesprochen.

Hätte der junge Mann nicht noch in der letzten Stunde den Weg nach dem Arbeitersekretariat gefunden, so wäre er dem mehrfach erteilten Räte, sich mit den 100 Mk. zufriedenzugeben, gefolgt. Er wäre aber zeitweilig ein Krüppel geblieben, der seinen Verwandten und schließlich der Gemeinde zur Last gefallen wäre. Darum sollte jeder in Sachen, worüber er sich nicht ganz klar ist, das Arbeitersekretariat aufsuchen und sich dort Rat holen. Man muß häufig die Erfahrung machen, daß, ehe der Arbeitersekretär aufgesucht, selbst in der Sache herumgepfuscht und nicht eher der Weg zu ihm gefunden wird, bis man sich in einer Sackgasse festgefahren hat. In solchen Fällen ist es dann, abgesehen von den vielen unnötigen Kosten, die sich solche Leute aufgeladen haben, schwer, die Geschäfte wieder ins richtige Gleis zu bringen.

### Letzte Post.

Zur Verhandlung gegen den Fürsten Eulenburg sind als Zeugen geladen: Fischmeister Ernst, Milchhändler Kiedel und ein Klavierträger Schönner, der früher Hausknecht in einem Hotel in Starnberg war, wo er den damaligen Grafen Eulenburg bei gewissen Handlungen gesehen haben will. Ferner werden als Zeugen auftreten Justizrat Bernstein, Rechtsanwalt Prager aus dem Bureau des Justizrats Bernstein und wahrscheinlich auch Harden und Oberlandesgerichtsrat Mayer, der Vorsitzende im Münchener Harden-Prozess.

#### Ein Erfolg für die Luftschiffahrt.

Mailand, 23. Juni. Der Luftschiffer de la Grange hat gestern Abend neunmal den großen Platz in Mailand mit seiner lenkbaren Flugmaschine umflogen und 15 Kilometer

in 16 1/2 Minuten zurückgelegt, ohne den Boden zu berühren. Dieses Ereignis wurde von den zahlreichen Zuschauern mit Begeisterung begrüßt.

Die königlichen Vorschüsse im Parlament.

Lissabon, 23. Juni. In der Kammer kam es zu neuen Zwischenfällen gelegentlich der Beratung über die bekannten Vorschüsse an das königliche Haus. Es entstand ein großer Tumult, den der Präsident vergeblich bezügeln versuchte. Die Sitzung wurde unterbrochen, nach kurzer Zeit aber wieder eröffnet. Am 30. d. M. findet eine erneute Sitzung statt.

Die Ereignisse in Persien.

Teheran, 23. Juni. Das Parlament wird bombardiert. Seit 8 Uhr herrscht heftiges Geschützfeuer, kurz darauf Geschüttdonner. Alle Truppen rücken mit Geschützen vom Baghscha-Garten in die Stadt. Maschinengewehre halten das Stadttor und die Aumarischstraße besetzt. Das Parlament ist erobert, das Parlamentsgebäude wurde geplündert. Viele Tote und Verwundete liegen auf dem Kampfplatz. Die gefangenen Hauptstrafgefangenen werden zum Schah gebracht. Der Platz vor dem Parlament ist mit Toten und Pferdefekalabern bedeckt.

Letzte Meldung. Das Bombardement des Parlaments durch den Schah wurde gegen 2 Uhr eingestellt. Die Artillerie rückte teilweise ab. Das Parlamentsgebäude ist vollständig leer, die Plünderung dauert fort, jedoch nur im Parlamentsviertel. Noch sind nicht alle Toten fortgeschafft. Der Parlamentsplatz bietet einen traurigen Anblick dar. Die Kasaken-Brigade hatte viele Tote und Verwundete. Die Kanonen feuerten aus nächster Nähe. Die Soldaten des Schahs hatten heftiges Geschützfeuer seitens der Parlamentspartei auszuhalten. Die Endschumans schossen von den Dächern auf die Soldaten. Die Moschee bei dem Parlament ist geräumt und von den Kasaken besetzt. Alle verfügbaren Truppen und Geschütze, die sich im Baghscha-Garten befanden, rückten nach der Stadt. Nur die nächste Umgebung sowie die Maschinengewehre blieben beim Schah. Die Zahl der Verwundeten und Toten wird auf über hundert geschätzt. Der gestrige Tag bedeutet einen vollständigen Sieg der Schahpartei. Die Gegenpartei ist gänzlich zeriprengt. Im Europäer-Viertel ist alles ruhig.

Der 7. Sozialdemokrat im preußischen Landtag.

Eine freudige Nachricht übermittelt uns der Telegraph: Berlin, 23. Juni. Bei der heute im 12. Berliner Landtagswahlkreise stattgehabten Stichwahl erhielt der sozialdemokratische Kandidat Buchhändler Adolf Hofmann 313, der freisinnige Kandidat Prediger Dr. Runke 307 Stimmen. Der Sozialdemokrat ist mithin gewählt.

Mit der Wahl des Genossen Hofmann zieht der 7. Sozialdemokrat in das preußische Parlament ein. Hofmann gehörte auch schon dem Reichstage an. Er vertrat bis zum Jahre 1907 den sächsischen Kreis Reichenbach. Als Verfasser der Broschüre: „Die zehn Gebote und die Sozialdemokratie“ ist er viel genannt worden. Mit ihm gewinnt die preußische Landtagsfraktion einen schlagfertigen Redner. Vor Jahresfrist hat er einige Versammlungen im badischen Oberlande abgehalten.

Bei der ersten Wahl am 16. d. M. hatte Hofmann 312 Stimmen erhalten, der Freisinnige 165, der Konservative 164. Dazu kamen noch zwei nationalliberale Stimmen. Es sind also trotz aller Anstrengungen 23 Stimmen weniger als bei der Hauptwahl abgegeben worden. Der Sozialdemokrat hat 1 Stimme mehr erhalten als damals, der Freisinnige 24 weniger, als am 16. Juni.

Vereinsanzeiger.

- Karlsruhe. (Gesangverein „Bruderbund“.) Wegen Todesfall heute Abend punkt halb 9 Uhr Singstunde im „Württemberger Hof“. Vollzähliges Erscheinen ermahnt. Der Vorstand. 2875.
Berghausen. (Bildungsverein jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen.) Donnerstag 25. Juni, abends halb 9 Uhr, Versammlung (Rezeption). 2878.
Freiburg i. B. (Gesangverein „Freundschaft“.) Heute Abend außerordentliche Generalversammlung im großen Lokal bei Württiner, Löwenstraße 8 im großen Saal mit eminent wichtiger Tagesordnung, wozu die aktiven und passiven Mitglieder dringend eingeladen werden. 2881 Der Vorst.

Briefkasten der Redaktion.

Lahr. Wozu sich mit der „Lahrer Zeitung“ herumschlagen? Sie hat wirklich die Bedeutung nicht, die Sie ihr zuschreiben. Unsere Ideen sind stark genug, sich durchzusetzen, auch wenn sie von Blättern vom Schlage der „Lahrer Zeitung“ rücksichtslos bekämpft werden. Die Lahrer Arbeiterschaft sollte schon auf Grund ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage zur Einsicht kommen, daß sie nur in der modernen Arbeiterbewegung ihr Heil finden kann.

Arbeiterbildungsverein. Dem Einsender des Berichts über den Sängerausflug am Fronleichnamstage zur Kenntnis, daß es uns unmöglich ist, von den Ausflügen der Vereine und Gesellschaften Notiz zu nehmen.

Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats.

Nach Hornberg. Der Fronleichnamstag ist nur in denjenigen Gemeinden gebotener Feiertag, in denen die katholische Konfession Pfarrechte hat.

J. G. Klein, das geht nicht. Wenn Sie in Württemberg Ihrer Militärpflicht genügen wollen, müssen Sie sich drüber zur Generalmusterung stellen.

L. Sch., Bühlertal. Sie sind unterhaltspflichtig und kann zur Befriedigung der daraus sich ergebenden Ansprüche sowohl auf Ihr Vermögen als auf Ihren Arbeitslohn zugriffen werden.

W. F., St. Georgen. Schicken Sie uns einmal die Ihnen zugesandten Rechnungen und Aufforderungen ein. Wann ist denn die betr. Schuld entstanden?

M. K., Lengkirch. Wenden Sie sich an den betr. Anwalt mit der Aufforderung, Ihnen binnen 8 Tagen Mitteilung über den Stand der Sache zu machen. Kommt binnen dieser Frist keine befriedigende Antwort, so schreiben Sie uns wieder.

Wasserstand des Rheins.

Schutterinsel 8.05, gef. 12 cm, Rehl 8.29, gef. 23 cm Nagau 4.90, gef. 14 cm, Mannheim 4.25, gef. 1 cm.

Zum bevorstehenden Quartalswechsel bitten wir unsere Fiskalinhaber, die Abonnementzahl rechtzeitig, spätestens aber bis 27. Juni, anzumelden, um Störungen in der Zustellung zu vermeiden.

Expedition des Volksfreund.

Gesangverein Bruderbund und Zentralverb. d. Fleischer, Zahlst. Karlsruhe. Todes-Anzeige. Den verehrlichen Mitgliedern zur Kenntniss, dass unser wertes Mitglied Georg Pfrommer Wirt zum Storchennest unerwartet schnell aus dem Leben geschieden ist. Die Beerdigung findet Donnerstag den 25. Juni, nachmittags 1/2 3 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt. Um zahlreiche Beteiligung bitten Die Vorstände.

Stadtgarten Mittwoch, 24. Juni 1908 abends 8 Uhr zur Feier des Johannistages Doppel-Konzert von der gesamten Kapelle des Bad. Leib.-Grenad.-Regts. sowie des 1. Bad. Leib.-Dragoner-Regiments Nr. 20. unter Leitung des Königl. Musikdir. Ad. Büttge und Stabstrompeter Köhn. Festliche Beleuchtung des Stadtgartens, des Sees und der Fontäne. Bei Eintritt der Dunkelheit: Johannisfeuer auf dem Stadtgartensee. Eintritt: Abonnenten 30 Pfg. Nichtabonnent 50 Pfg. Soldaten und Kinder je die Hälfte. Programm 10 Pfg. Die Konzert-Abonnementskarten haben Gültigkeit. Die Eintrittskarten berechnen sich nur zum einmaligen Eintritt.

Trauerhüte aus la. Crèpe, nur eigenes Fabrikat, Trauerschleier Brautkränze Brauschleier. Grosse Auswahl. Billige Preise. 2888 S. Rosenbusch 137 Kaiserstr. 137. 1 vollst. Bett (Nohhaar u. Damm, Deckbett u. Kissen), sowie sonstige Möbel, Schränke, Situar, Vertikow etc. sind zu sehr billigen Preisen abzugeben im Auktionsgeschäft Hardtstraße 27. 1 Motor-Rad, Redarilmer, in gutem Zustande, zu ausnahmsweise sehr billigem Preis, ferner 1 Herrenfahrrad (Grüner) mit Freilauf, 1 Transportrad für 65 Pfg., sind zu verkaufen im Auktionsgeschäft Hardtstraße 27. Schuhwaren Damen- und Kinderschuh, größere Posten sind wieder ein getroffen und zu sehr billigen Preisen abzugeben im Auktionsgeschäft Hardtstraße 27. Karlsruhe-Rintheim ist ein kleineres Haus mit Garten auf 1. Oktober zu vermieten. Offert. an „Volksfreund“ erbeten. 2897 Wegen Wegzug billig zu verkaufen: 1 Vertikow, 2 Schränke, 1 Bett, 1 Waschkomode, 1 Hängelampe, 1 Spiegel 1 Ausziehtisch, 1 Herd. Weierheim, Cäcilienstr. 12, 3. Gut erhaltener Spiegel, 12-flammiger Gasherd, Koffer und Packtücher billig zu verkaufen. Weissenstr. 17, 1. St., Seitenbau rechts. Familien-Nähmaschine fast wie neu, umstände halber zu verkaufen. Marienstr. 29, 2. St. r.

Dr. Thompson's Seifenpulver Arbeit, Zeit, Geld. 1/2 Pkg 15 Pfg.

Als hervorragendes Erfrischungsgetränk bei heißem Wetter empfehlen wir unser „Hell-Lagerbier“ Dieses leichtengebraute und sehr kohlenstoffhaltige Bier ist besonders durststillend und bekömmlich. Brauerei K. Schrempf Karlsruhe. Spezialität: „fidelitas-Bier“ fernsprecher Nr. 12.

Fahrräder erstklassige Fabrikate mit voller einjähriger Garantie in größter Auswahl von Mk. 65.- bis zu den feinsten Modellen. Nähmaschinen sämtl. Systeme für Hand- und Fußbetrieb. Komplette Trete- maschine mit Verschluß von Mk. 49.- an. Zubehörteile in riesen-Auswahl zu konkurrenzlosen Preisen. Reparaturen Hilmers & Ammermann Aufmannstr. 7 Freiburg i. B. Aufmannstr. 7. Größtes u. leistungsfähigstes Spezialgeschäft Oberbadens.

Egypt. Zwiebeln Ia. Ware per Pfd. 9 Pfg. 10 Pfd. 85 Pfg. Str. Markt 7.40 empfiehlt E. Bucherer Lebensmittel-Konsum-Geschäft Körnerstraße 9. 2882 Amalienstraße 14. Durlacherstraße 56. Gerwialstraße 10. Göttestraße 23. Ede Schillerstraße. Jähringerstraße 21. Durlacherallee 32. Rintheim, Hauptstr. Schriftliche Bestellungen wolle man an das Kontor Jähringerstraße 42, richten.

Lüchtige 2875 Verkäuferin per sofort gesucht. R. Altschüler Schuhwarengeschäft Kaiserstraße 161.

Schmerzlose Zahnoperationen werden täglich ausgeführt. Durch Verwendung nur guten Materials bin ich in der Lage, dauernde Garantie für von mir gelieferte künstliche Gebisse zu gewähren. 2777 Anerkannt naturgetreuen Zahnersatz. Keine 2 Markzähne. Nur gute Zähne. Sehr mäßige Preise. Zahnatelier Deininger, Dentist, Werderplatz 35.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe. Geburten vom 16.-21. Juni: Lina Emma, W. Wilhelm Schmitt, Eisenbahnkassierer. Eugen Josef, B. Anton Schleider, Wirt. Anna Rosa, B. Friedrich Oesterle, Werbrauer. Anna Martha, W. Wilhelm Göpflich, Schneider. Elise, B. Franz Josef, Schloffer. Anna Luise, B. Friedrich Ludwig, Schloffer. Heinrich Julius, B. Julius Fieger, Lagerverwalter. Arthur Friedrich, B. Johann Mummert, Maschinenarbeiter. Hilda Anna, B. Anton Hegeler, Gewerbelehrer. Eheschließungen vom 23. Juni 1908: Adolf Wolf von Bruchsal, Metzger und Wirt hier, mit Barbara Strohsäcker von Unterjettingen. Gustav Grieger von Waldenburb, Assistent hier, mit Sophie Harich von hier. Friedrich Hees von Luttlingen, Trauereibesitzer in Rehl Stadt, mit Luise Dimer von hier. Todesfälle vom 20. bis 22. Juni: Karoline Hofheinz, alt 46 Jahre, Witwe des Buchdruckers Ludwig Hofheinz. Arthur, alt 6 Monate 1 Tag, Vater Karl Hund, Monteur. Georg Anton Janger, Tagelöhner, ein Ehemann, alt 20 Jahre. Christian Kraft, Schneidermeister, ein Ehemann, alt 38 Jahre. Wilhelm, alt 13 Jahre, Vater David Baerther, Freier. Sofie Wenddorf, alt 58 Jahre, Ehefrau des Cigarettenmachers Josef Wenddorf. Hilda Kern, ohne Gewerbe, ledig, alt 19 J. Karl, alt 8 M. 27 T. B. Karl Hurter, Tagelöhner. Veria Kastner, alt 23 Jahre, Ehefrau des Vertmeisters Wolf Kastner. Robert Baumann, Buchbinder, ledig, alt 41 Jahre. Gerardi, alt 1 Jahr 11 Tage, Vater Arcangelo Paritone, Handelsmann.

Kindervagen (Prinzenform), gut erhalten, billig zu verkaufen. Zu erfr. Akademiestr. 32, Pfb. 8. Kinderbettstelle (Holz) zu verkaufen. Jähringerstr. 20a, 3. St. r.

En gros Schneider-Artikel en détail Beste und billigste Bezugsquelle für sämtliche Schneider-Verbrauchartikel und Bügelutensilien empfiehlt Karlsruhe Peter Mees Herrenstr. 42 Versand auch nach auswärts Posten Phantasia-Weiten billig.

En gros Schneider-Artikel en détail Beste und billigste Bezugsquelle für sämtliche Schneider-Verbrauchartikel und Bügelutensilien empfiehlt Karlsruhe Peter Mees Herrenstr. 42 Versand auch nach auswärts Posten Phantasia-Weiten billig.

En gros Schneider-Artikel en détail Beste und billigste Bezugsquelle für sämtliche Schneider-Verbrauchartikel und Bügelutensilien empfiehlt Karlsruhe Peter Mees Herrenstr. 42 Versand auch nach auswärts Posten Phantasia-Weiten billig.

En gros Schneider-Artikel en détail Beste und billigste Bezugsquelle für sämtliche Schneider-Verbrauchartikel und Bügelutensilien empfiehlt Karlsruhe Peter Mees Herrenstr. 42 Versand auch nach auswärts Posten Phantasia-Weiten billig.

En gros Schneider-Artikel en détail Beste und billigste Bezugsquelle für sämtliche Schneider-Verbrauchartikel und Bügelutensilien empfiehlt Karlsruhe Peter Mees Herrenstr. 42 Versand auch nach auswärts Posten Phantasia-Weiten billig.

En gros Schneider-Artikel en détail Beste und billigste Bezugsquelle für sämtliche Schneider-Verbrauchartikel und Bügelutensilien empfiehlt Karlsruhe Peter Mees Herrenstr. 42 Versand auch nach auswärts Posten Phantasia-Weiten billig.

En gros Schneider-Artikel en détail Beste und billigste Bezugsquelle für sämtliche Schneider-Verbrauchartikel und Bügelutensilien empfiehlt Karlsruhe Peter Mees Herrenstr. 42 Versand auch nach auswärts Posten Phantasia-Weiten billig.

# Grosses Wassersport-Fest

auf dem Rheinhafen Karlsruhe  
am Sonntag, 28. Juni, pünktlich halb 4 Uhr  
beginnend

des Salamander 1. Karlsruher Ruderklub, Schwimmverein  
Poseidon Karlsruhe und 1. Athletik Sportklub Germania.

### Auszug aus dem Programm:

Auffahrt aktiver Bote, Fischerstechen, Hindernisschwimmen, etc.	Viererrennen, Handakrobatik, Leichtathletik, etc.	Reigen, geschw. v. 32 Schwimmer Gruppenbild der 3 Vereine, Gruppen und Pyramiden etc.
--	--	--

Sportliche Wettkämpfe von hoher Bedeutung, humoristische  
Scenen, Pantomimen auf dem Wasser und dem Lande, Wasserkünste  
der verschiedensten Art.

Die ganze Handlung spielt sich direkt unter den Plätzen der  
Zuschauer ab.

Eintrittskarten zu Mk. 3.—, 2.—, 1.—, 50 und 30 Pfg.  
zum Vorverkaufspreise erhältlich bei den an den Anschlagssäulen be-  
zeichneten Firmen.

Während der Aufführung **Konzert** der Kapelle des Art.-Regiments  
No. 14 Grossherzog. 2874

Auf allen Plätzen Restauration.

## Arbeiterbund Vorwärts Durlach.

Sonntag den 29. Juni (im Frühe)

### großes Waldfest

mit Musik, Gesang, Glückshafen, Schießbude, Platten-  
werfen, Segelspiele.

Für gute Speisen und Getränke zu Tagespreisen ist ge-  
sorgt. Abmarsch 2 Uhr vom Lamm. Hierzu ladet die Mit-  
glieder, sowie Partei und Gewerkschaftsgenossen freundlichst ein.

Die Festkommission.

Unwiderrufl. letzte Vorstellung: Donnerstag, 2. Juli 1908.

## Circus Sarrasani.

Karlsruhe. — Auf dem städt. Festplatz. — Telephon 660.

Mittwoch, 24. Juni cr.

2 — gr. Gala-Vorstellungen — 2

mit gleich reichhaltigem Weltstadtprogramm.

4 Uhr nachm. — Gala-  
Fremden-Vorstellung. In  
dieser Nachm.-Vorstellung  
zahlen Kinder unt. 14 Jahr.  
u. Militär bis z. Feldwebel  
halbe Preise.

8 Uhr abends  
**Brill. Elite-Abend**  
mit glänzendem  
Weltstadtprogramm.

Donnerstag, den 25. Juni cr., abends 8 Uhr,  
**Grosser Clown- und Künstler-Abend**  
mit höchst seriösem u. abwechslungsreichem Programm.  
In jeder Nachmittagsvorstellung ein vollständig unge-  
kürztes Abendprogramm.

Preise der Plätze: Logensitz M. 2.50, Sperrsitz  
(numm.) M. 1.80, I. Platz (nicht numm.) 1.20, II. Platz  
M. 0.80, III. Platz (letzter Sitzplatz) M. 0.60, Gallerie  
(Stehplatz) M. 0.40. 2765

Vorverkauf von morgens 10 Uhr an ununterbrochen  
an der Circuskasse (Fernruf 660) für sämtliche Vor-  
stellungen und nur für Abendvorstellungen bei  
Karl L. Schweikert, Kaiserstrasse 199, Ecke Waldstrasse  
bis 6 Uhr abends. Telephonisch bestellte Billets können  
nur bis zu einer halben Stunde vor Beginn jeder  
Vorstellung reserviert werden.

Proben und Marstallbesichtigungen: Zu den  
täglich ausser Mittwochs, Samstags, Sonn- und Festtags  
von morgens 10 Uhr an stattfindenden Proben, sowie  
zu den Sonn- und Festtags von 12—1 Uhr gestatteten  
Marstallbesichtigungen zahlen Kinder 10g u. Erwachsene  
20g Eintritt. 2876

Arbeiter! abonniert den Volksfreund!



# Umsonst

Taschenuhr und andere anerkannt  
wertvolle Gegenstände bei Benützung von

**Flammers Seife** nur eingewickelt  
**Flammers Seifenpulver**

als die besten für Wäsche u. Haus  
millionenfach erprobt.

## Zur Einmachzeit

empfehlen:  
**Wein-  
Essig**

Str. 24 Pfg.  
bei 5 Str. 22 Pfg.

**Ansetz-  
Branntwein**

p. Fl. ca. 1 Str. 75 Pfg.  
mit Flasche.

p. Liter. offen 60 Pfg.

bei 5 Str. 55 Pfg.  
garantiert echten

**Nordhäuser**

p. Fl. (ca. 1 Str.) 1 Str.  
mit Flasche.

55 Pfg. m. Fl.  
eigene Bitterflaschen  
werden mit 15 Pfg.  
zurückgenommen.

**Hutzucker**

Pfd. offen 24 Pfg.  
im ganzen Gut. ca. 10 Pfd.

23 Pfg.

im ganzen Gut. ca. 25 Pfd.

22 1/2 Pfg.

**Kristall-Zucker**

Pfd. 23 Pfg.

bei 5 Pfd. 22 Pfg.

Orig.-Sad 43 25

**Kandis-Zucker**

schwarz Pfd. 34 Pfg.

sowie sämtliche

**Gewürze**

in garantiert reiner  
Ware

**Pfannkuch & Co.**

G. m. b. H.

in den bekannten  
Verkaufsstellen.

Preise ab Verkaufsstelle.  
Versand nur gegen  
Nachnahme.

**Umzüge**

werden jederzeit angenommen  
und zu billigsten Preisen ausge-  
führt 2785

Durlacherstr. 81/83, 3. St.

Kronenstr. 46, 2. St.

**Zu verkaufen**

wegen Umzug ein vollst. Bett  
und ein einhür. Kasten für  
25 Mark zusammen. 2864

Amalienstr. 20, 2. St., Vorderh.

# Persil

das beste existierende Waschmittel, dessen  
enorme Wasch- und Bleichkraft das höchste Ent-  
zücken der Hausfrauen hervorruft. Weil seine  
wunderbare Wirkung scheinbar unerklärlich, fürchten  
manche Hausfrauen, daß Persil der

## Wäsche

schädlich sei, aber viele Tausende von Hausfrauen  
haben sich durch fortgesetzten Gebrauch  
von der absoluten Unschädlichkeit dieses  
einzig dastehenden Waschmittels überzeugt und sind  
sogar zu der Einsicht gekommen, daß Persil die  
Wäsche schont. Überzeugen Sie sich gleichfalls!

A Alleinige Fabrikanten:

**Henkel & Co., Düsseldorf**

auch der weltbekannten Henkels Bleich-Soda.

# Gold- u. Silberwaren

Armbänder, Broschen, Colliers, Anhänger,  
Manschettenknöpfe, goldene Ringe,  
Uhrketten, Kreuze, Herzchen, Taschenuhren (Gold,  
Silber und Stahl), Metallwaren, Vereinspreise etc.,  
zirka 50 Stück, Löffel, Gabeln, Messer, Kaffeel-  
öffel mit 20% Rabatt bis 30. Juni  
empfehlen 2889

**Christ. Fränkle, Goldschmied**  
Karlsruhe, Kaiserpassage 7a.

## Geschäfts-Empfehlung.

Empfehle mich titl. Behörden, den geehrten Archi-  
itekten, Fabrikanten, Bauunternehmern und Publikum von  
Karlsruhe und Umgebung im Anfertigen von Zeichnungen  
nach Angaben und Skizzen, sowie Kolorieren,

**Ausführung von Lichtpausen,**  
photographische Aufnahmen und Vergrößerungen  
unter Zusicherung gewissenhafter Ausführung bei billiger  
Berechnung aller mir übertragenen Arbeiten.

Verkauf von Zeichen-, Pauss- und Lichtpauspapieren.

**Jakob Hofmann,**  
Photographie- u. Lichtpausanstalt,  
Geibelstrasse 14. 2000

## Divan.

Neue hochf. Samettstoffsdivan  
mit Hochhaar von 45, 50, 60 Mt.  
an, schöne Stoffdivan 33 Mt.  
Gr. Ausw. u. n. gute, solide  
selbsttragend. Arbeit unter  
Garantie. Kein Laden, daher  
billigste Preise. **R. Köhler,**  
Schützenstr. 53 2. 2215

## Fahrrad- Reparaturen

aller Art.  
Großes Lager in neuen und  
gebrauchten Fahrrädern.  
Reparaturwerkstätte mit elektr.  
2247 Kraftbetrieb.

**J. Streh, Mechaniker,**  
Inhaber: **Theodor Speck,**  
Leopoldstraße 4 b.

## Zu verkaufen.

Schöne Tische, Stühle,  
Schränke, Bettstellen hat ein  
Schreinermeister wegen Aufgabe  
des Lagers sehr billig zu ver-  
kaufen. Jahrgangstrasse 37,  
von 5—7 Uhr abends. 2857

## Uchtung!

**Rollen-Umzüge**  
übernimmt zu billigstem Preise

**Karl Kreis jr.**  
2852 Morgenstr. 22.

## Waschtisch

gebraucht, billig  
zu verk. **Maien-**  
straße 1a, 2. St. rechts.

# Fliegen- Fänger.

**Rapid-  
Fliegenfänger**

Stück 5 g

**Pyramiden-  
Fliegenfänger**

Stück 10 g

empfehlen 2844

## Pfannkuch & Co.

G. m. b. H.

in den bekannten Ver-  
kaufsstellen.